

„In tiefer Verehrung im Namen von Millionen ...“

gratuliert Hitler zu einer Prinzenhochzeit.

Roburg, 20. Oktober. Bei dem Hochzeitsmahl, das heute nachmittags anlässlich der Vermählung des ältesten Enkels des Königs von Schweden mit Prinzessin Sybille von Sachsen-Roburg-Gotha veranstaltet wurde und an dem 160 Personen teilnahmen, sind Tausende von Telegrammen eingelaufen, darunter auch von Dr. Sugenberg und Reichstagspräsidenten Brüning sowie vom Bundesamt des Stahlhelms.

Adolf Hitler hat ein Schreiben an den Herzog gerichtet, in dem er bittet, zu der Vermählung der Prinzessin Sybille in seinem Namen und im Namen der vielen Millionen in seiner Bewegung zusammengeführten Deutschen die aufrichtigsten Glückwünsche in tiefer Verehrung anzusprechen zu dürfen.

sehen Parteien in allen Ländern in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien erachteten davon gehen werden, die unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiterschaft zu schützen, sich zur Abwehr der kapitalistischen Angriffe in die Front der sozialistischen Arbeiterschaft einzugliedern. Doch wirkliche Hilfe den Arbeitern zu bringen, das liegt den Moskauer Diktatoren nach wie vor vollständig fern. Das hieße ja, dieselbe Politik zu machen wie die Sozialdemokratie, wobei man gewahrt werden würde, wie höchst überflüssig der Bestand der kommunistischen Partei — von ihrer Schädlichkeit gar nicht zu reden — eigentlich sei! Was bleibt also anderes übrig, als an die Sektionen der kommunistischen Internationale den Auftrag zu erteilen, den Lügenkult noch eifriger zu betreiben und eine noch mehr verstärkte Hege gegen den „Sozialfaschismus“ mit Hilfe der „Einheitsfront von unten“ zu entfalten!

Dieses ist der Weisheit der Moskauer Führerklasse erster und letzter Schluß: die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind! Sie zu vernichten bleibt Hauptaufgabe. Also lautet der Befehl aus Moskau: Seht das Mandat der „Einheitsfront von unten“ mit erhöhtem Eifer fort, um auf diese Weise, wie es in den Thesen heißt, die Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihren verräterischen Führern zu verwirklichen. Das ist nichts Neues mehr. Und was hat es bis heute genützt? Darüber sagen die Thesen des „Efi“ dort wo sie die „hauptsächlichen Mängel und Fehler“ der kommunistischen Parteien besprechen, selber das folgende. Als diese Mängel und Fehler werden bezeichnet:

- „Die Losgelöstheit unserer meisten Parteifunktionäre von den reformistischen und anderen nichtkommunistischen Arbeitern, der tatsächliche Widerstand gegen die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften; das Unvermögen zur praktischen Verteidigung der brennenden Tagesinteressen der Arbeiter sowie zur Ausnutzung der die Arbeiter besonders erregenden aktuellen Anlässe zur Organisation von Aktionen; das Unvermögen zur richtigen Kombination des Kampfes gegen Unternehmer, Staatsmacht und Faschisten mit dem Kampf um die Verbesserung der Arbeiter vom Einfluß der sozialfaschistischen Agenten der Bourgeoisie; die Mängel und Fehler in der Streitakt und -strategie; Unvermögen zur Entwicklung der Bewegung breiter Massen von verhältnismäßig elementaren Aktionen zu höheren Kampfformen ...“

Losgelöstheit der kommunistischen Parteifunktionäre von der Arbeiterschaft, Unvermögen zur praktischen Verteidigung der brennenden Tagesinteressen der Arbeiter, Unvermögen auf der ganzen Linie — das sind die Leute, welche die Führung der gesamten Arbeiterschaft an sich reißen möchten! Und das ist nicht der einzige Tadel, den die Kommiss Moskaus in den einzelnen Sektionen der kommunistischen Internationale an den Kopf geworfen bekommen. Da heißt es u. a.:

„Es ist der kommunistischen Avantgarde und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung nicht gelungen, die Mehrheit der Arbeiterschaft zum Kampf gegen die unangenehmsten Angriffe des Kapitals zu mobilisieren.“

Um das zu ändern, das heißt die Arbeiterschaft dahin zu bringen, daß sie sich zum waffenfähigen Werkzeug für die kommunistischen Scharadeure herbeige, wird den kommunistischen Parteien anbefohlen, eine „Wendung zur Verteidigung der Tagesinteressen der Arbeiterschaft“ zu vollziehen — was so viel heißt, daß die Tagesinteressen der Arbeiter von ihren kommunistischen Rettern bisher nicht verteidigt werden und ihnen diese erst anbefohlen werden muß! Doch man glaube nicht, daß diese Wendung erfolgen soll, um den Arbeitern tatsächlich zu helfen, sie soll nur dem Zwecke dienen, den Kampf gegen die Sozialdemokratie

zu verschärfen, also den Brudeckrieg innerhalb der Arbeiterklasse zu steigern!

Moskau hat befohlen und jene, welche bisher noch etwa die Hoffnung hatten, es werde möglich sein, endlich die Sehnsucht aller ehrlichen Arbeitersmenschen nach Herstellung einer wirklichen Einheitsfront des Proletariats zu erfüllen, werden mit Föhn im Herzen gegen die Spalter und Schädiger der Arbeiterklasse das Fehlschlagen ihrer Hoffnungen feststellen müssen. Moskau hat befohlen und schon geht es mit verstärkter Wucht auf die Zertrümmerung der noch bestehenden Abwehrkräfte der Arbeiterschaft los! Der geplante Kommunismus im nordwestböhmischen Braunoblenrevier, die Zerstückelung der

gestrigen Metallarbeiterversammlung im Prager „Edova dum“ und eine Reihe anderer „Aktionen“ sind die ersten Anzeichen dafür, auf was es jetzt abgesehen ist.

In dieser Zeit der schwersten Not zur Freude der heutigen Unternehmerrichterschaft mit verstärkter Kraft die Uneinigkeit des Proletariats zu steigern, ist ein unerhörtes Verbrechen, gegen das sich die Arbeiter mit aller Energie zur Wehre setzen müssen, soll die Arbeiterklasse nicht vollends unter den Schlitzen geraten! Moskau kann seinen Kreaturen befehlen, die denkenden Arbeiter, die sich nicht zu Helfershelfern des Kapitals hergeben wollen, werden die Ausführung des Befehls zu verhindern wissen!

Die Geister, die sie riefen

Die tschechischen Agrarier zu ihrer Verwaltungsreform.

Hätten die Wähler jener Parteien, deren Führer die Initiatoren der unseligen Verwaltungsreform gewesen sind, Gelegenheit, einer Voranschlagsdebatte in der Landesvertretung beizuwohnen, und die Ausführungen der Redner zu hören, sie wären schon längst darauf gekommen, wie man sie mit der Verwaltungsreform betrogen hat. Solange die Sozialdemokraten ihre Stimme gegen die Verwaltungsreform allein erhoben und die Schäden, die diese im Gefolge hat, aufzeigten, da warf man ihnen Demagogie vor. Nun sind selbst jene, die die Verwaltungsreform beschlossen haben, darauf gekommen, daß mit dieser Verwaltungsreform recht wenig Staat gemacht werden kann. In der Voranschlagsdebatte der mährisch-schlesischen Landesvertretung sprach auch der tschechische Agrarier, Prof. Dr. Král, der sich in einer langen Rede mit der Tätigkeit der Landesvertretung befaßt und zu folgender Feststellung kam:

„Ich war bisher immer Idealist und glaube, daß die Landesvertretung zu jener Körperschaft werde, die jederzeit der alte mährische Landtag war. Diese Ansicht habe ich nun geändert. Ich sehe, daß unsere Macht und Kraft zu gering ist, daß man wirklich erwägen muß, ob die Zeit, die wir da widmen, und ob das Geld, das die mährisch-schlesische Landesvertretung kostet, unsere Arbeit aufwiegt. Schuld daran sind nicht die Mitglieder der Landesvertretung. Ich lehne alle Beschuldigungen, wir hätten das so verschuldet, ab. . . . Wenn der Landespräsident einmal unsere

loshigen Anträge übernimmt und sie an der richtigen Stelle vordringt, dann lehnt sie der Innenminister ab. Es ist dies sehr traurig, dann wir arbeiten hier an etwas, das vielleicht eine Aushaltung für uns oder andere ist, aber ohne jeden Erfolg.“

Das sagt nun einer, der die Auswirkungen der Verwaltungsreform, wie so viele andere, erst jetzt ganz erwessen gelernt hat. Die Sozialdemokraten haben auf diese Auswirkungen der Verwaltungsreform schon bei der Beratung dieses Gesetzes verwiesen, haben wiederholt aufgezeigt, daß man durch dieses Gesetz die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu Marionetten macht und sie jeder Wirksamkeit beraubt. Damals waren es dieselben Agrarier, die sich so viel auf diese Anklage der Selbstverwaltung an die Bürokratie jagte hielten, die heute zu denartigen Feststellungen kommen. Jede Tagung der Landesvertretung bietet ja das selbe Bild. Die Vorträge, die den Landesvertretern vorgelegt werden, müssen geschluckt werden und wenn noch so viele gute und brauchbare Anträge eingebracht und wertvolle Anregungen gegeben werden. Wenn die Landesvertreter nun noch zusehen müssen, wie man alles bogartellisiert, dann begreift man, daß nun auch jene, die diese Geister riefen, rebellisch werden und Anklage erheben. Die hohe Bürokratie, die man über die Landesvertretung gesetzt hat, erfüllt jetzt alle Wünsche jener Parteien, die an der Abwägung der Selbstverwaltung mitgeholfen haben. Sie ernie eben jetzt, was sie gefür haben.

Der Stribrny-Prozess.

In der Verhandlung am Donnerstag wurde Dr. Oberhor, Vizepräsident der Proger Handels- und Gewerkschaften, einvernommen. Er bekundete, daß ihm im Juli 1920 zwei reichsdeutsche Vertreter darauf aufmerksam machten, daß der tschechoslowakische Staat besser late. Die Waggons in Deutschland nicht durch Vermittler kaufen zu lassen, statt sich unmittelbar an die Waggonerzeuger zu wenden. Er habe Stribrny das mitgeteilt. Stribrny habe ihn merkwürdigerweise in einem Telegramm an den Berliner Konsul Podlipny mit der Waggonbestellung in Zusammenhang gebracht. Er habe nachträglich nicht mit Stribrny gesprochen; am Tage der angeblichen Unterredung mit Stribrny habe er in Berlin gewohnt. Einen Vorteil habe er aus der Angelegenheit überhaupt nicht gehabt. Bei späteren Besprechungen mit Stribrny habe er niemals den Uhrmacher Schrovisz gesehen. Der Hinweis auf die 30 Millionen Kronen Provision sei ihm aus dem ersten Gespräch mit Stribrny im Gedächtnis haben geblieben.

Staatsanwalt Dr. Marianko legte dem Jungen eine Reihe von Fragen über die Beziehungen des Jungen zu Stribrny im Unternehmen „Variete“ vor. Der Zeuge gab die Möglichkeiten

an, daß er mit Stribrny später im „Hotel de Sage“, wo Stribrny im rückwärtigen Salon zu weilen pflegte, zusammengelassen und mit ihm auch im Jahre 1921 in Angelegenheit des „Variete“ nach Berlin gereist sei, wo sie bei Lustig wohnten, da sie in keinem Hotel ein Zimmer erhalten konnten. Das aber war längst nach der Waggonangelegenheit.

Als Zeuge Herr Zeuge, Sie sagten heute, daß durch dieses Einschreiten 30 Millionen erspart wurden. Sind Sie deswegen in Untersuchung?

Zeuge Oberhor: Nein. Der Vorsitzende sagt Stribrny, daß es nun durchaus klar sei, daß der Zeuge mit ihm, Stribrny, niemals am Wilsonsdamm geblieben hat. Stribrny erklärt neuerdings, daß er sich an diese Begegnung klar erinnere und daß er sogar den Wortlaut des Gesprächs hinsichtlich der Waggonreproduktionen könne. Stribrny erklärt, daß er großen Wert auf die Feststellung dieses Gesprächs lege, da es zur Beurteilung seiner Glaubwürdigkeit diene. Zeuge Dr. Oberhor schließt nochmals mit Entschiedenheit die Möglichkeit dieser Unterredung aus, denn er würde sich diese besonders gemerkt haben, wenn eine Personlichkeit, wie ein Minister, sich zu einem subalternen Beamten sehen würde.

Gestaffelter Abbau der Staatsbeamtengehälter in Frankreich.

Paris, 20. Oktober. Die Regierung beschäftigt sich gegenwärtig in den Sitzungen des Anbittersrates mit dem Ausgleich des Budgetabganges, der auf 12 Milliarden Franken angewachsen ist. Ein Teil des Abganges wird durch das Ergebnis der konvertierten Rente, ein Teil durch eine innere Anleihe für öffentliche Arbeiten, weiters durch Ersparungen, und durch neue direkte und indirekte Steuern und durch eine Reduzierung der Staatsbeamtengehälter, gedeckt werden. Da die Reduzierung der Gehälter bei vielen Parteien und bei den Gewerkschaften der Angestellten auf starken Widerstand gestoßen ist, soll die Regierung ihren ursprünglichen Vorschlag geändert haben. Die Gehälter der kleinen Angestellten bis zu einem Einkommen von 15.000 Franken sollen nicht herabgesetzt werden. Nur die höheren Gehaltskategorien sollen sukzessive um 5 bis 10 Prozent gekürzt werden. Nach der heute nachmittags stattfindenden Sitzung des Ministersrates wird die Regierung einen entsprechenden Vorschlag dem Finanzauschuß der Kammer vorlegen.

Das österreichische Budget.

Wien, 20. Oktober. Das heute dem Parlament vorgelegte Budget rechnet mit Ausgaben von 1324,1 und Einnahmen von 1324,2 Millionen Schilling und weist somit einen Ueberschuß von 0,1 Millionen Schilling aus. Was die Bundesbahnen anlangt, so ist für heuer mit einem Betrag von 80 Millionen vorgesorgt.

Schnellgericht

gegen einen Rajabgeordneten.

Stolz, 20. Oktober. Die Große Staatskammer verurteilte im Schnellverfahren den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Czirniol zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten Justizhaus, die in vier Monate, zwei Wochen Gefängnis umgewandelt wurde. Er hatte bei einer deutschnationalen Wahlversammlung in Stolz eine Zeltersflasche gegen den deutschnationalen Redner geschleudert.

Verhaftung brauner Mordehau

Essen, 19. Oktober. Wie gemeldet, sind gestern abends zwölf Angehörige der Eisernen Front beim Verteilen von Flugblättern von Nationalsozialisten beschossen worden. Die Polizei, die schon gestern zwei SS-Beute festnahm, hat heute noch sechs Nationalsozialisten verhaftet. Es dürfte mit einer baldigen völligen Aufklärung der Tat zu rechnen sein.

Um das neue Kabinett.

Prag, 20. Oktober. Heute hat Reichpetr seine Beratungen mit verschiedenen Parteiführern, darunter auch mit Genossen Dr. Cech, fortgesetzt und sich im Vorhinein in der Kammer durch Steidl vertreten lassen, während Udrsal in beiden Häusern bereits inoffizielle Abschiedsbesitzungen gemacht hat.

Um die Besetzung gewisser Ministerien, vor allem der Finanzen, der öffentlichen Arbeiten, der Eisenbahnen und des Innern, geht das Rätselraten in der Presse unentwegt weiter. Eine Erweiterung der Koalition etwa um die Gewerkepartei kommt aber nicht in Frage.

Vor Samstag ist mit der Ernennung der neuen Regierung wohl nicht mehr zu rechnen.

Die falsche Fahrt.

Der hakenkreuzlerische „Tag“ nimmt in seiner Folge vom 19. Oktober zu den Verfolgungen unseres Jugendverbandes Stellung und schließt mit folgenden Worten:

„Begrüßen wir auch die sozialdemokratischen Führer, um was es eigentlich geht und werden sie sich einmal die Mühe nehmen über den Parteizustand zu gucken? Oder haben sie die Fähigkeit dazu überhaupt verloren oder nie besessen?“

Eine gemeinsame Abwehrfront gegen dieses System ist not! Die sozialdemokratische Jugend könnte sich ein Verdienst erwerben, wenn sie dazu beitragen würde, den roten Parteiführern die Parteiführerschaft abzunehmen.“

Aus den Kreisen der sozialistischen Jugend wird uns dazu folgendes geschrieben:

Die Tschechen erweisen sich und ihrem Staat den schlechtesten Dienst, wenn sie die junge Generation der nationalen Minderheiten in eine unerbittliche Kampfstellung zu diesem Staate durch die kopflosen Verbote drängen. Wir erblicken aber nicht die Schuld auf der Seite des tschechischen Volkes schlichtem, sondern bei seiner Bestimmung, die den Namen Nationalismus trägt. Die einzige Möglichkeit, allen Menschen in diesem Staate ein erträgliches Leben zu sichern, ist die brüderliche Zusammenarbeit der Völker, der Sieg des Verständigungsgebändens, den die Sozialdemokratie seit ihrem Bestande hochhält und für dessen Sieg sie alle Kräfte einsetzt.

Die sozialistische Jugend stellt aber weiters fest, daß eine gemeinsame Abwehrfront mit den Freunden der reichsdeutschen und österreichischen Hakenkreuzler die größte Beleidigung ist, die ihr angetan werden kann. Die Nazis mühen uns zu, daß wir uns mit ihnen, den Brüdern der blutbesudelten Hitlerbanden, den Faschisten, die dem deutschen Proletariat ein Sklavenschicksal bereiten wollen, in eine Front stellen.

Sehen denn die Nazis nicht, daß die Tschechen doch ein Stück des nationalsozialistischen Parteiprogramms erfüllen, wenn sie die Minderheiten schlecht behandeln? Nein, so sehr wir auch die Verfolgungen der anderen Jugendverbände durch die Behörden bedauern, so sehr wir gegen die Bedrückung unseres Verbandes ankämpfen werden, dies geschieht nur an der Seite der tschechischen Arbeiterjugend, die mit uns eines Sinnes ist. Unser Kampf gilt den Nationalisten und Faschisten aller Völker, den deutschen ebenso wie den tschechischen.

Mährisch-schlesische Landesvertretung

Brünn, 20. Oktober. In der heutigen Sitzung der Landesvertretung wurde die am Dienstag aufgenommene Spezialdebatte zu den ersten zwei Gruppen fortgesetzt. Die Agrarier, die bereits seit zwei Tagen von den Rednern der verschiedenen Parteien eine ganze Reihe sachlich begründeter Wahrheiten zu hören bekommen, mußten sich auch heute wiederum einige Tatsachen anhören, die dazu beitragen, die Nervosität der agrarischen Fraktion noch zu steigern. Feststellungen, wie solche, daß Beträge, die für Traktoren bestimmt sind, zur Erhaltung von Privatatautos Verwendung finden, sind natürlich nicht geeignet, die nervös gewordenen agrarischen Gemüter zu beruhigen. Einige recht einfältige Geschäftsleute gegen die Arbeitslosen leistete sich der Gewerkeparteiher Hampl, der natürlich bögen ist, daß vom Ministerium für soziale Fürsorge die unverschuldete in Not geratenen arbeitenden Menschen auch dann, wenn sie nicht innerhalb der Staatsgrenzen mit ihrem Hunger kämpfen, unterstützt werden. Vor Schluß der heutigen Beratungen fand eine Sitzung der Klubobmänner statt, in der das weitere Arbeitsprogramm besprochen wurde. Nach den getroffenen Dispositionen wäre es nicht ausgeschlossen, daß der ordentliche Voranschlag bereits morgen, Freitag, zur Abstimmung kommt, worauf die Tagung bis Dienstag unterbrochen werden dürfte.

Gründung einer freien Vereinigung der deutschen Landesvertreter in Böhmen für den Fremdenverkehr. Auf Anregung des deutschen Landesverbandes für Fremdenverkehr, Sig. Raxlbad, fand gestern in der böhmischen Landesvertretung die Gründung einer Fremdenverkehrsvereinigung der deutschen Landesvertreter in Böhmen statt. Es hatten alle sieben deutsche Landesklubobmänner teilgenommen: für die deutschsozialdemokratische Arbeiterpartei nahm Landesvertreter Gen. Fischer teil. Nach kurzer Erläuterung des Zweckes der angetragenen Vereinigung wurde beschlossen, daß der Vorhinein halbjährig abwechselnd von den einzelnen Parteiparteikern geführt wird. In jeder Sitzungsperiode wird eine Beratung der Vereinigung stattfinden, in welcher aktuelle Fremdenverkehrstragen des Landes Böhmen zur Besprechung gelangen werden.

Anträge zum Parteitag.

Gemäß § 52 der Organisationsstatuten werden im Nachstehenden die von den delegierungsberechtigten Organisationen zum Parteitag eingebrachten Anträge veröffentlicht:

Antrag 1 der Bezirksorganisation Leitmeritz-Böhlitz:

In der Unterstützung aller Bestrebungen, die auf die Forderungen des Weltfriedens abzielen, sieht die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei ein wirksames Mittel durch Schaffung ausreichender öffentlicher Kontrolle der Rüstungsindustrie.

Die Sicherung des Friedens kann nur in der Forderung der Abrüstung erblickt werden.

Die Abrüstung wird aber auch der dringend nötigen Wiederbelebung der Wirtschaft zugute kommen.

Antrag 2 der Lokalorganisation Schönwerth:

Der Parteitag möge beschließen, unsere Abgeordneten und Senatoren zu beauftragen, mehr denn je ihr Augenmerk dem Militärbudget zuzuwenden.

Die sollen in diesem Jahre darauf hinarbeiten, daß die Manöver auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden. Die dadurch ersparte im Staatshaushalt soll den Arbeitslosen zufallen.

Antrag 3 der Lokalorganisation Ruffig:

Der bevorstehende Winter läßt geradezu furchtbare Notverhältnisse in den Familien der Arbeitslosen voraussehen. In allen Folgen des Mangels an den notwendigsten Lebensbedürfnissen, wie Nahrung, Kleidung und Beheizung tritt das Schreckensgespenst Unterernährung und Krankheit, dem die Arbeitslosen und ihre Familien ausgesetzt sein werden. Das Auftreten von Seuchen tritt drohend in den Bereich der Möglichkeit und wird dadurch zu einer schweren Gefahr nicht nur für die betroffenen Opfer, sondern für die gesamte Bevölkerung. Es wird also zu einem dringenden Gebot der Stunde, in dieser Richtung Vorkehrungen zu treffen. Der Parteitag beauftragt daher den Parteivorstand, eine entsprechende Hilfsmaßnahme für die Arbeitslosen und ihre Familien sowie die Eingliederung der Arbeitslosen in die Krankenversicherung auf gesetzlicher Basis zu beraten und einen eventuellen Gesetzentwurf durch die parlamentarischen Klubs einzubringen.

Antrag 4 des Arbeiter-Abstinenzbundes:

Die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren wird ersucht, einen Antrag vorzulegen, welcher unsere Schankgesetzgebung reformiert und die ins Ungemessene gehende Vermehrung der Schankkonzessionen verhindert.

Antrag 5 des Arbeiter-Abstinenzbundes:

Die sozialdemokratische Fraktion der Abgeordneten und Senatoren wird aufgefordert, folgenden Antrag im Parlament einzubringen:

Die äußerste Grenze für die Festlegung der Polizeistunde ist für Gaststätten aller Art 12 Uhr nachts. Ausschank von Branntwein und Kleinhandel mit Branntwein darf nicht vor 8 Uhr morgens beginnen.

Antrag 6 des Arbeiter-Abstinenzbundes:

Die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren wird aufgefordert, die Verhandlung des von der Genossin Blatny vor zwei Jahren eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend die Unlagbarkeit der Zehnschulden zu urgieren.

Antrag 7 des Arbeiter-Abstinenzbundes:

Die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen an den Tagen der Stellung sowie an dem Tage, welcher der Stellung vorausgeht, ein Verbot des Ausschankes alkoholischer Getränke an alle männlichen jugendlichen Personen bis zum Alter von 25 Jahren erlassen wird.

Antrag 8 der Lokalorganisation Großpriesen:

Die parlamentarische Vertretung der Partei hat bei der Beratung des Staatsvoranschlags den Kultusetat abzulehnen. Erfolgt trotz der Ablehnung des Kultusstats seitens der Partei die Annahme, dann hat die Partei dafür Sorge zu tragen, daß für die Ein- und Durchführung des Lebenskundeunterrichtes für konfessionslose Kinder ein entsprechender Betrag bestimmt wird.

Antrag 9 der Lokalorganisation Großpriesen:

Die sozialdemokratischen Parlamentarier, welche Mitglieder des Bundes proletarischer Freidenker sind, haben sich bei der Abstimmung über das Kultusstat der Stimme zu enthalten.

Antrag 10 der Lokalorganisationen Peipers-Obergrund, Mittelgrund und Ralmwiese:

Der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren hat einen Beschluß zu fassen, wonach diejenigen Klubmitglieder, die gleichzeitig Mitglieder des Bundes proletarischer Freidenker sind, sich bei der Abstimmung über den Kultusstat der Stimme enthalten dürfen.

Antrag 11 der Lokalorganisationen Peipers-Obergrund, Mittelgrund und Ralmwiese:

Die Partei hat im Vorlesungsausschuss einen Antrag dahingehend einzubringen, daß für die konfessionslosen Kinder und jene Kinder, die den Religionsunterricht nicht besuchen, ein weiterer Weltanschauungsunterricht in Lebenskundeunterricht eingeführt wird.

Antrag 12 der Lokalorganisation Großpriesen:

Die Partei hat alles zu veranlassen, daß der vor zwei Jahren im Parlament eingebrachte Antrag

auf Verweltlichung der Matriken endlich zur Behandlung und Erledigung kommt.

Antrag 13 der Lokalorganisation Vermeßgrün:

Die Partei hat ihre Vertreter solange in der Koalition zu belassen, solange dieselben so wie bisher im Interesse der Arbeiterschaft zu wirken vermögen.

Antrag 14 der Lokalorganisation Ruffig:

Der Parteitag erteilt dem Parteivorstand den Auftrag, den Austritt aus der Regierung neuerdings gewissenhaft zu erwägen und eventuell ins Auge zu fassen. Das engste Einvernehmen mit der tschechischen Bruderpartei ist dabei herzustellen.

Antrag 15 der Lokalorganisation Haslau:

Der Parteitag wolle beschließen: Sofortiger Austritt aus der Regierungskoalition.

Antrag 16 der Lokalorganisation Vermeßgrün:

Der Parteitag wolle beschließen: Austritt des Klubs der Abgeordneten und Senatoren aus der derzeitigen Regierungskoalition.

Antrag 17 der Hauptleitung der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer:

Die Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer dankt der Partei für die bisherige

Unterstützung unserer Partei und ihre sozialpädagogischen Forderungen eine entsprechende auch zahlenmäßige zum Ausdruck gelangende Vertretung finden.

Antrag 19 der Hauptleitung der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer:

Im Kampfe für die Ausbreitung und Durchsetzung des Friedensgedankens kommt der Schulz eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Das tschechoslowakische Schulministerium hat daher an sämtlichen Schulen die alljährliche Abhaltung einer Friedenshalbtunde angeordnet.

In der Überzeugung, daß diese wohlgemeinte Verfügung des Schulministeriums viel zu wirkungsschwach ist, fordert der Parteitag unsere parlamentarischen Vertreter auf, sich tatkräftig dafür einzusetzen, daß von unserem gesamten Schulwesen, besonders aber unseren Volk-, Bürger- und Mittelschulen im Unterrichte und in den Lehrbüchern jegliche friedensfeindliche Einstellung, jegliche Verherrlichung des Militarismus ferngehalten und die Schülerschaft zu aufrichtiger Friedensgesinnung erzogen werde.

Antrag 20 des Zentralverbandes der deutschen Kleindauern und Pächler:

Der Parteitag möge die Parteileitung beauftragen, daß bei den künftigen Verhandlungen über

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik beruft für die Zeit vom 29. Oktober bis 1. November 1932 den

Parteitag

nach Prag in den großen Saal der Produktionsbörse am Hradčický Platz ein. Der Parteitag beginnt am 29. Oktober, um 15 Uhr nachmittags. Als provisorische Tagesordnung im Sinne des § 51 des Organisationsstatuts schlägt der Parteivorstand vor:

1. Konstituierung des Parteitages.
2. Die politische und wirtschaftliche Situation.
3. Das Jugendproblem.
4. Berichte.
5. Wahlen.
6. Sonstiges.

Die Delegierungsbestimmungen werden durch den § 45 des Organisationsstatuts geregelt.

Gemäß § 52 des Organisationsstatutes können Anträge zum Parteitag nicht von einzelnen Parteimitgliedern, sondern nur von delegierungsberechtigten Organisationen (§ 45) oder Lokalorganisationen gestellt werden. Sie sind mindestens zwei Wochen

vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Dieser hat sie und seine eigenen Anträge spätestens eine Woche vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten.

Janni Blatny, Dr. Ludwig Czoch, Ernst Grünzner, Theodor Hadenberg, Dr. Carl Heller, Josef Houbauer, Wenzel Jalsch, Hans Joll, Franz Kap, Karl Kern, Irene Kirpal, Josef Koschakly, Franz Kögl, Heinrich Kremser, Franz Krejčí, Franz Kuplent, Wilhelm Riechner, Elise Paul, Adolf Pohl, Leopold Pözl, Gusti Schaffer, Elise Schäfer, Josef Schweichhart, Siegfried Taub, Eugen de Witte.

Das Frauenreichskomitee beruft im Einvernehmen mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik für Samstag, den 29. Oktober 1932, 9 Uhr vormittags, in den großen Saal der Produktionsbörse, Prag II., Hradčickýplatz, die

Frauen-Reichskonferenz

ein. Die Tagesordnung der Frauenreichskonferenz wird später verlaublich werden. Die Delegierung zur Frauenreichskonferenz wird durch den § 54 des Organisationsstatuts geregelt.

Janni Blatny, Maria Deutsch, Marie Gänzel, Erna Haberzettl, Amalie Jilg, Marie Joll, Mizi Kahan, Irene Kirpal, Elise Paul, Anna Perthen, Marie Rejzl, Gusti Schaffer, Elise Schäfer, Betty Schad.

Haltung im Kampfe gegen die Kürzungen der Staatsbeamten- und Lehrgelöhner. — Die Reichsvereinigung stellt den Antrag: Der Parteitag möge unsere Parlamentarier beauftragen, auch weiterhin die berechtigten Forderungen der Staatsangestellten und Lehrer tatkräftig und wirksam zu vertreten.

Antrag 18 der Hauptleitung der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer:

Der Parteitag erkennt an, daß eine Behandlung sozialpolitischer Fragen erst unter der Ministerschaft Löser in Angriff genommen wurde. Er stellt aber mit Bedauern fest, daß die Teilnahme der sozialdemokratischen Parteien an der Koalitionsregierung dem sozialpolitischen Fortschritt des tschechoslowakischen Staates nicht in dem von sozialistischer Seite gewünschten und erwarteten Maße zugute gekommen ist. Schuld daran tragen sicherlich neben dem bekannten „Reisgewicht der jüdischen Provinzen“ die aus der verheerenden Wirtschaftskrise sich ergebenden finanziellen Schwierigkeiten des Staates. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß wichtige kulturpolitische, besonders sozialpolitische Maßnahmen nicht zuletzt durch den Einfluß bestimmter reaktionärer Gruppen der zentralamtlichen Bürokratie verhindert, verzögert oder vereitelt werden.

Der Parteitag fordert die parlamentarischen Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften auf, den hier erwähnten bürokratischen Umtrieben nach Möglichkeit entgegenzutreten und dieser Seite unseres öffentlichen Lebens nach mehr als bisher ihr Augenmerk zuwenden.

die Sanierung der Finanzen der Selbstverwaltungskörper folgende Richtlinien eingehalten werden:

1. Die Umlagenprocente sind gestaffelt, das ist nach der Höhe des Einkommens, einzuheden.
2. Bis 7000 K Einkommen ist jeweils nur ein Drittel der im Durchschnitt errechneten Umlagenprocente einzuheden.
3. Die Einkommensteuer ist als gemeindeumlagenfähige Steuer zu erklären. Ein Einkommen von 20.000 bis 30.000 K ist mit 50 Prozent, bis 40.000 K mit 100 Prozent, bis 50.000 K mit 150 Prozent und über 50.000 K mit 200 Prozent zu bemessen.

Antrag 21 der Lokalorganisation Koršobad:

Der Parteitag möge beschließen: Unsere Abgeordneten werden ersucht, in nächster Zeit eine Robellierung des Sozialversicherungsgesetzes mit Verbesserungsvorschlägen zu beantragen.

Antrag 22 der Lokalorganisation Eisenberg-Grünberg:

Der Parteitag möge die parlamentarische Vertretung beauftragen, auf eine Vereinigung der Pensions- mit der Zentralsozialversicherungsanstalt hinzuwirken. Da sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zwei Klassen gebildet haben und auch als Rentner die geistigen Arbeiter gegenüber dem manuellen Arbeiter in bezug auf die Rentensätze weit im Nachteil sind, sollen auf Kosten des Staates und der Unternehmer die Rentensätze der Sozialversicherungsentner denen der Pensionsanstalt angeglichen werden.

Antrag 23 der Lokalorganisation Eisenberg-Grünberg:

Der Parteitag möge die parlamentarische Vertretung beauftragen, eine Robellierung des Sozialversicherungsgesetzes in der Weise anzustreben, daß eine Erhöhung der gegenwärtigen Rentensätze erfolgt, da die jetzigen Renten in keinem Einklang mit dem Lebensbedarf der Rentner stehen.

Antrag 24 der Kreisorganisation Landstern:

Bei allen künftigen Parlamentswahlen wird aus allen jenen Wahlkreisen, in denen nicht sozial Stimmen aufgebracht werden, die erforderlich sind, um im ersten Wahlgang ein Mandat zu erhalten, ein Kandidat im zweiten Struktium an aussichtsreiche Stelle aufgestellt.

Antrag 25 der Lokalorganisation Proßlau:

1. Mandate in das Parlament, den Senat und die Landesvertretung können nur Genossen erhalten, welche in jeder Hinsicht die hierzu notwendige Eignung besitzen und die sowohl die Gewähr dafür geben, als auch die ausdrückliche Verpflichtung übernehmen, die organisatorischen und agitatorischen Aufgaben des Wahlgebietes in dem gebotenen Parteinteresse zu erfüllen. (Unter dem Ausdruck „notwendige Eignung“ soll nicht verstanden sein, daß etwa Mandatäre der Partei eine bürgerliche Schulbildung haben müssen (Mittel- oder Hochschulen). Es soll im Gegenteil durch diese Bestimmung ermöglicht werden, daß allen tüchtigen Parteigenossen, welche den Anforderungen der Parteiarbeit entsprechen, der Weg zu den parlamentarischen Funktionen zugänglich wird, gleichviel, ob es sich um einen einfachen Arbeiter oder um einen Genossen mit irgend welcher Schulvorbildung handelt.)

Antrag 26 der Lokalorganisation Koršobad:

Als Höchstalter für die Bekleidung öffentlicher und Parteifunktionen ist das 60. Lebensjahr festzusetzen, wobei es den zuständigen Parteistellen freisteht, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen.

Antrag 27 der Bezirksorganisation Jglau:

Die Bezirkskonferenz vom 28. August 1932 stellt an den Parteitag das Ersuchen, ehebaldigst in den größeren Gemeinden die sogenannten Sprechstage einzuführen, die von Parlamentariern allmonatlich abgehalten werden sollen.

Antrag 28 der Lokalorganisation Jglau:

Der Parteitag wolle beschließen: Die Genossen Parlamentarier sind aufzufordern, ihre Tätigkeit vornehmlich auf die Agitation außerhalb des Parlamentes zu verlegen.

Antrag 29 der Lokalorganisation Ruffig:

Neben den angestellten Erwerbigen über den eventuellen Austritt aus der Regierung hat der Parteivorstand sofort alles zu veranlassen, daß die außerparlamentarischen Aktionen und die politische Propagandaaarbeit mehr in den Vordergrund gerückt werden. Es ist für die Partei zu unternehmen, um die Partei für die nächsten außerparlamentarischen Kämpfe vorzubereiten. Dazu ist notwendig, daß die Partei ihre ersten Funktionäre, die Parlamentarier, der eigentlichen Parteiarbeit (Organisation, Propaganda usw.) teilhaftig zur Verfügung stellt. Die Parlamentarier müssen zu diesem Zwecke, wo notwendig, in ihrer beruflichen Tätigkeit teilweise teilweise entlastet werden. Der mitunter recht fühlbare Mangel an Kontakt zwischen Parlamentarier und Mitgliedschaft, bzw. Wählermasse, soll dadurch behoben werden, daß alle Parlamentarier in erhöhtem Maße, im außerparlamentarischen politischen Kampfe, als die ersten Vertrauensmänner der Partei und ihrer Anhänger, in Erscheinung treten. Die Partei soll sich aus der Stellung des Angegriffenen befreien und soll zum Angriff übergehen gegen alle jene Kräfte im Staate, die einer Verbesserung der gegenwärtigen katastrophalen Lebenslage der Arbeiterschaft hindernd im Wege stehen.

Antrag 30 der Lokalorganisation Heinrichsgrün:

Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik möge beschließen, in Zukunft die Frage der Parlamentarier dahingehend zu regeln, daß unsere Abgeordneten und Senatoren während ihrer Funktionsdauer von der Partei ihrer beruflichen Pflichten entbunden werden, damit sie den Anforderungen, die heute an sie gestellt werden, mehr als bisher gerecht zu werden vermögen.

Antrag 31 des Verbandsvorstandes des Sozialistischen Jugendverbandes:

Der Parteitag beschließt die Schaffung einer Jungfrontbewegung. Sie hat zur Aufgabe, die jungen Parteimitglieder zu einer verstärkten Aktivität zusammenzufassen.

Ihre wichtigsten Aufgaben wären:

Verbundung für die Partei, Durchführung der Versammlungspropaganda, Broschüren- und Flugblättervertrieb, Agitation unter der jüngeren Generation, Pflege der proletarischen Wechselseitigkeit, Durchbrechung der Starrheit in der Propaganda.

Die Organisation:

Die Jungfront bildet eine Sektion in der Lokalorganisation und umfaßt alle Parteimitglieder bis zum 30. Lebensjahr. Weiter gehören ihr alle Mitglieder der S. J., des A. J., der Radfahrer und der übrigen sozialdemokratischen Kulturorganisationen an, die das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Alle Mitglieder der Jungfront werden zum Beitritt in die Partei verpflichtet...

Zu jenen Orten, wo zu wenig Mitglieder sind, ist der Anschluß an die Nachbarorganisationen zu beschließen.

Die Jungfront hält eigene Zusammenkünfte ab, in der die einschlägigen Fragen, vor allem die der Propaganda jeder Form besprochen werden.

Die örtliche Sektion wird von einem von der Lokalorganisation im Einvernehmen mit den Jungfrontmitgliedern bestimmten Sektionsleiter geführt...

Es ist weiter die Zusammenfassung in Bezirks- und Kreisgruppen vorzunehmen, deren Leitung wie die der Sektion eingeleitet wird.

Die Jungfront trägt das einheitliche blaue Hemd.

Antrag 32 der Lokalorganisation Kuffig: Der Parteitag wolle beschließen: Ein jedes Mitglied und insbesondere die Funktionäre der sozialdemokratischen Partei ist moralisch verpflichtet...

Antrag 33 der Lokalorganisation Kuffig: 1. Der Parteitag möge beschließen, daß im Interesse der Jugend, in alle jene Ausschüsse, wo wichtige Arbeit für die Jugend geleistet werden kann...

Antrag 34 der Lokalorganisation Teplitz: Der Parteitag wolle beschließen: Alle Parteimitglieder im Alter von 20 bis 25 Jahren werden in der Jungfrontbewegung zusammengefaßt.

Antrag 35 der Lokalorganisation Oberdorf: Der Parteitag beschließt, mit allen Mitteln und mit Nachdruck auf die rascheste Vereinheitlichung aller proletarischen Kulturorganisationen hinzuwirken.

Antrag 36 der Lokalorganisation Lang: Der Parteitag wolle beschließen: Es sind sofortige Schritte einzuleiten zum baldigen Zusammenschluß aller Kulturorganisationen.

Antrag 37 der Lokalorganisation Grassitz: Mit allen auf sozialdemokratischer Grundlage stehenden Arbeiterorganisationen sind die entsprechenden Vorarbeiten zu treffen, um auch bei uns die „Eiserne Front“ ins Leben rufen zu können.

Antrag 38 der Lokalorganisation Teplitz: Der Parteitag wolle beschließen: Der neugewählte Parteivorstand wird beauftragt, unverzüglich alle Schritte einzuleiten, die zur Schaffung der „Eisernen Front“, d. h. die Zusammenfassung aller auf dem Boden stehenden proletarischen Organisationen in unserer Lande, zur wirksamen Abwehr des Faschismus notwendig sind.

Antrag 39 der Lokalorganisation Teplitz: Als offizieller Parteigruß gilt für die Zukunft der Gruß der „Eisernen Front“ in Deutschland „Freiheit“. Als offizielles Abzeichen der „Eisernen Front“ gelten die drei Pfeile.

Antrag 40 der Bezirksorganisation Braunau: Der Parteitag wolle beschließen: Zum Zweck der Intensivierung des Kampfes gegen den Faschismus sind die Spitzenorganisationen der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und der Kulturorganisationen zur Bildung eines Reichsausschusses nach dem Muster der reichsdeutschen Arbeiterorganisation „Eiserne Front“ zusammenzuschließen...

Antrag 41 der Lokalorganisation Karlsbad: Einführung eines einheitlichen internationalen Parteiabzeichens. Vorschlag: Abzeichen der „Eisernen Front“.

Antrag 42 der Lokalorganisation Bodenbach: Der Parteitag möge beschließen: Der Freiheitspfeil ist als obligatorisches Parteiabzeichen einzuführen. Als Parteigruß gilt der Zuruf „Freiheit“ mit erhobener Faust.

Antrag 43 der Bezirksorganisation St. Joachimsthal: Der Parteitag wolle beschließen, als Parteiabzeichen die Freiheitspfeile der reichsdeutschen Bruderpartei einzuführen und dahin zu wirken, daß dieses Abzeichen von der Internationale übernommen werde.

Antrag 44 der Bezirksorganisation Joachimsthal: Der Parteitag wolle beschließen, als „Freiheitsruf“ statt „Freundschaft“ den Zuruf „Freiheit“ einzuführen.

Antrag 45 des Verbandsvorstandes des Sozialistischen Jugendverbandes: Der Parteitag möge beschließen: Das Zeichen der Freiheitspfeile und der Kampfgruß „Freiheit“ bei erhobener rechten Faust der reichsdeutschen Arbeiterklasse soll auch für unsere Partei übernommen werden.

Gleichzeitig möge sich der Parteivorstand dafür einsetzen, daß dieser Gruß und das Abzeichen in der gesamten Sozialistischen Arbeiterinternationale eingeführt werden.

Antrag 46 der Bezirksorganisation Prag: Der Parteivorstand wird ermächtigt, zum Ausbau des Parteiapparates und zu Propagandazwecken aus dem Wahlfonds auch zwischen den Wahlperioden Mittel zur Verfügung zu stellen...

Antrag 47 der Bezirksorganisation Grassitz: Der Parteitag beschließt: Finanziell schwache Bezirksorganisationen erhalten 30 Prozent der aus ihrem Gebiete einlaufenden Beiträge des Parteifonds.

Antrag 48 der Bezirksorganisation Braunau: Der Parteitag wolle beschließen: Um eine führende Erleichterung in der Werbung von Frauen für die Partei erreichen zu können, ist der Parteibeitrag für Frauen auf K 2.— pro Monat herabzusetzen...

Antrag 49 der Lokalorganisation Landstron: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteibeitrag herabzusetzen, zumindest den Beitrag für die weiblichen Mitglieder.

Antrag 50 der Lokalorganisation Peipery-Obergrund, Mittelgrund und Kalmstwiefe: Der Monatsbeitrag ist herabzusetzen. Wo Mann und Frau der Lokale angehören, ist der Monatsbeitrag der Frau auf die Hälfte zu erniedrigen.

Antrag 51 der Lokalorganisation Weiskirchitz: Die 60 Jahre alten Parteimitglieder, die zumindest 20 und noch mehr Jahre Parteimitgliedschaft nachweisen können, sind von der Beitragsleistung zu befreien.

Antrag 52 der Lokalorganisation Haslau: Um eventuelle Einnahmehemmnisse, die durch Beitragsüberhebung oder Gewährung von Freimariken entstehen, auszugleichen, wäre es angebracht, das „Freundschaft“ und „Gleichheit“ entweder ganz einzustellen, oder bloß vierteljährlich erscheinen zu lassen.

Antrag 53 der Lokalorganisation Haslau: Einführung von Freimariken für diejenigen arbeitslosen Genossen, die nur im Genuße der Lebensmittelkarten stehen und mindestens ein Jahr Mitglied der Partei sind.

Antrag 54 der Lokalorganisation Haslau: Herabsetzung der Beiträge von K 3.— auf 2 K.

Antrag 55 der Lokalorganisation Weiskirchitz: Betrifft: Abänderung der Beitragsätze. Der Parteitag wolle beschließen, die Beitragsätze der Parteimitglieder Pensionisten und Altersrentner — sofern dieselben nicht mehr als K 300.— monatlich beziehen — mit monatlich K 1.— (eine K) festzusetzen.

Antrag 56 der Lokalorganisation Weiskirchitz: Betrifft: Abänderung der Beiträge für Arbeitslose. Der Parteitag wolle beschließen, den monatlichen Beitrag von arbeitslosen Parteimitgliedern — während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit — mit 50 Hellern festzusetzen.

Antrag 57 der Lokal- und Frauenorganisation in Aich: Der Parteitag möge beschließen, den Parteibeitrag von K 3.— auf K 2.50 herabzusetzen.

Antrag 58 der Lokalorganisation Losdorf an den Parteitag: Der Parteitag wolle beschließen, daß der Parteibeitrag folgendermaßen aufzuteilen ist:

Antrag 59 der Lokalorganisation Oberdorf: In Anbetracht der fast trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse in einem großen Teile unseres Kreisgebietes ist es in diesem Gebiete den mit der sozialdemokratischen Partei sympathisierenden Bevölkerungsschichten nicht möglich, den derzeitigen Parteibeitrag von 3 Kronen monatlich zu leisten...

Antrag 60 der Lokalorganisation Karlsbad: Aufassung des Mitteilungsblattes „Freundschaft“, bzw. Vereinnahmung mit der „Gleichheit“ aus Ersparnisgründen.

Antrag 61 der Lokalorganisation Grassitz: Die Parteimonatschriften „Freundschaft“ und „Gleichheit“ sind ab 1. Jänner 1933 zusammenzu-

legen und unter dem Namen „Freiheit“ erscheinen zu lassen.

Antrag 62 der Lokalorganisation Toplowitz a. C.: Der Parteitag wolle beschließen, die Kreisorganisationen zu beauftragen, sich ernstlich mit der Herausgabe von Wochenblättern zu beschäftigen.

Antrag 63 der Lokalorganisation Weiskirchitz: Es möge getrachtet werden, daß in Zukunft in einem Wahlkreis nur ein Parteiblatt erscheint. Der Inhalt soll so gehalten sein, daß er leicht verständlich ist und der Mentalität der Arbeiterklasse entgegenkommt.

Antrag 64 der Lokalorganisation Weiskirchitz: „Freundschaft“ und „Gleichheit“ ist aufzulassen und an ihre Stelle ein ähnlich der „Anzufriedene“ aufgemachtes Blatt zu schaffen.

Antrag 65 der Lokalorganisation Weiskirchitz: Betrifft: Ausbau der „Gleichheit“. Die Frauenrechtssprecherin wolle folgenden Antrag beraten und an den Parteitag weiterleiten:

Antrag 66 der Bezirksorganisation Bodenbach: Der Parteitag wolle beschließen, daß sich der Parteivorstand zur Hälfte aus Mitgliedern zusammensetzt, die nicht Angestellte der Arbeiterbewegung und nicht Parlamentarier sind.

Antrag 67 der Lokalorganisation Peinrichstgrün: Der Parteitag der deutschen sog. dem. Arbeiterpartei in der C. S. R. möge beschließen, daß in den Parteivorstand Funktionäre aus der Betriebsarbeiterschaft mit einbezogen werden, damit die Parteiververtretung womöglich paritätisch aus Betriebsarbeitern und Intellektuellen zusammengesetzt würde.

Antrag 68 der Lokalorganisation Lang: Der Parteitag wolle beschließen: In den Parteivorstand sollen in Zukunft ein Drittel der gewählten Arbeiter aus dem Betrieb gewählt werden.

Antrag 69 der Kreisvertretung Bodenbach: Der Parteitag beschließt: Der § 63 des Organisationsstatutes ist durch folgende Bestimmungen zu ergänzen:

Antrag 70 der Lokalorganisation Probstau: Das Schiedsgericht in der derzeit bestehenden Form ist dahin abzuändern, daß die Schiedsrichter in jedem Streitfall aus Funktionäre derjenigen Lokalorganisationen zusammengesetzt werden, in deren Bezirk der Streitfall zu schlichten ist.

Antrag 71 der Lokalorganisation Probstau: Der letzte Absatz des § 71 des Parteistatuts ist zu streichen oder aber folgender Absatz anzufügen: „Bei Streitigkeiten, die dadurch entstehen, daß vor außerhalb der Partei stehenden Personen von einem Parteigenossen ehrenwärtige Beschuldigungen über andere Parteigenossen getan werden, ist es

Advertisement for 'Das ARBEITER-JAHRBUCH' (The Workers' Yearbook). It features a stylized illustration of a worker holding a banner that says 'ARBEITER-JAHRBUCH' and another that says 'Das ARBEITER-JAHRBUCH ist erschienen'. Below the illustration, it says 'Im Einzelverkauf: 10 Kronen.'

Pflicht der betreffenden Schieds- oder Ehrengerichte, diese Personen einzunehmen, auch wenn sie nicht der Partei angehören, damit auf diese Weise der Tatbestand festgestellt werden kann.

§ 71, Absatz 2 hat zu lauten: „Im Falle eines Streites wählt jede Partei ihre Schiedsrichter nach freiem Ermessen. Diese müssen selbstverständlich in parteipolitischer Hinsicht einwandfreie Genossen sein. Es muß jedem der Beteiligten frei stehen, vom Gegner gewählte Schiedsrichter oder den Vorsitzenden unter sichhaltiger Begründung als besungen abzulehnen.“

Der letzte Absatz des § 81 soll künftighin lauten: „Die mündliche Verhandlung des Schiedsgerichtes ist längstens innerhalb drei Wochen anzuberaumen. Diese Bestimmungen gelten analog für die Schiedsgerichte der Kreis- und Bezirksorganisationen.“

Antrag 72 der Lokalorganisation Gruppen: § 45 des Organisationsstatutes, Abs. c) ist wie folgt zu ändern:

Je ein Delegierter jeder Lokalorganisation, deren durchschnittlicher Marxennutzen im Monat mehr als 100 beträgt; für je weitere 100 Marxennutzen hat die Lokalorganisation Anspruch auf einen weiteren Delegierten bis zur Höchstzahl von drei Delegierten. Bruchteile über 50 sind voll zu rechnen.

Antrag 73 der Lokalorganisation Hundorf: Die Lokalorganisation stellt an den Parteitag den Antrag, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß der Erlaß des Schulministeriums vom 19. Mai 1930, Zahl 1516, zum Gesetz wird, um die Aufgaben, die den Eltern durch den Erlaß auferlegt werden, mit verbindlichen zu können.

Antrag 74 der Lokalorganisationen Peipery-Obergrund, Mittelgrund und Kalmstwiefe: Es ist eine Arbeiter-Spar- und Ersparungskasse zu gründen. Die Ausarbeitung des Projektes hat von Hause aus zu geschehen. Mit den Vorarbeiten ist sofort zu beginnen. Die Zentrale dieser Ersparungskasse befindet sich in Prag und errichtet in jedem politischen Bezirk mindestens eine Filiale. Es ist wünschenswert, daß dies im Einvernehmen mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei geschieht.

Antrag 75 der Lokalorganisation Losdorf: Der Parteitag wolle beschließen, daß Mitglieder der Partei, Kreis- und Bezirksvertretungen sowie die Angestellten der Partei konfessionslos zu sein haben.

Antrag 76 der Lokalorganisation Großpriezen: Als Voraussetzung einer Anstellung bei der Partei gilt die Konfessionslosigkeit. Infolge dessen muß jeder Angestellte der Partei, der noch einer Kirche angehört, aus dieser austreten und konfessionslos werden.

Antrag 77 der Lokalorganisation Kuffig: Der Parteitag beschließt, daß Parteimitglieder nicht gleichzeitig Mitglieder in bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen sein dürfen.

Antrag 78 der Lokalorganisation Falkenau a. C.: Der Parteitag macht es allen Funktionären der Partei zur Pflicht, jede Unterstützung der bürgerlichen oder sogenannten unpolitischen Sportbewegung durch persönliche Mitgliedschaft oder durch Besuch deren Veranstaltungen zu unterlassen. Da sich die bürgerliche Sportbewegung als Erziehungsstätte des Nationalismus und des Faschismus betätigt und durch seine scheinbar unpolitische Einstellung unserer Bewegung gefährlich ist, hat jedes überzeugte Parteimitglied auch auf seine Familienangehörigen in diesem Sinne zu wirken.

Antrag 79 der Lokalorganisation Weiskirchitz: Der Parteitag wolle beschließen, daß eine Mitgliedschaft von Parteigenossen oder Genossinnen in der Mitgliedschaft in einem bürgerlichen Sportvereine nach unseren Parteigrundsätzen nicht zulässig ist. Aus diesem Grunde sind alle Parteimitglieder, die heute noch Funktionen in einem bürgerlichen Sportvereine ausüben oder in anderer Weise dort tätig sind, aufzufordern, der bürgerlichen Sportbewegung den Rücken zu kehren. Zuwiderhandelnde sind aus der Partei auszuschließen.

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

Gilgi zieht das korallenrote Kleid an. In welchen Falten gleitet es bis auf die Füße. Hat eine helle frohe Farbe, leuchtend und festlich. Einen Gürtel aus Goldfäden bindet sie um die Taille. — Das Kleid hat sie gewählt, als sie Martin noch gar nicht kannte. Wie sinnlos, wie



Gilgi im korallenroten Kleid (Bert. Gutschmidt)

tot wäre es geblieben, wenn seine Augen es nicht lebendig gemacht hätten.

Sie steht vorm Spiegel, pudert sich Nacken und Schultern, sieht schönt und zerbrechlich und fremd aus. Taglos. Unwirklich. Weißes Gesicht mit dunklen Augen, sehr rotem Mund — ich bin sehr hübsch heute — jetzt — ich darf das sagen, ich gehöre mir ja nicht mehr. Das, was ich im Spiegel seh', hat ein andrer aus mir gemacht, ich kann nicht stolz darauf sein. — Ich sollte so nicht aussehen — so ohne Beziehung zu Straße, Staub, Alltag. Ich sehe anders aus, als ich denke. Vorsichtig streicht sie über die zuckelnde Linie der Hüften. Mein Körper ist mir fremd, ist mir jetzt weit voraus an Wissen, Erfahrung.

Sie hebt ihre Hände — langsam — meine Hände sind mir untreu geworden, waren mir einmal vertraut — und jetzt? Weiße, mude Haut, spitze, gelbe Nägel, glänzend von rosigem Lack. Hier hässliche, verlebte Zuzufinger an jeder Hand — daneben die Zeigefinger mit den bräunlichen Klappen — gewöhnliche, robuste Arbeitshilfen — man darf sie nicht auch schmerzhaft machen, darf ihnen das nicht antun. Nicht vornehm, elegante Finger, zwei ordinäre — ihr häßliches, stumpfnageligen, von allen meinen zehn Ringen seid ihr beiden mir immer noch die liebsten.

Martin, meine zwei Zeigefinger sind alles, was du mir von mir gelassen hast.

„Trink, mein Gilgchen.“ Ja, ja, ich will trinken. Einmal nur diesen Widerstand leisten. — Einen verdammten trüffeligen Kopf hat man — noch ein Glas — und Martin erzählt seine bunten Geschichten, hat lachende Zähne und lange lebendige Augen, ist ja jünger, tausend Jahre jünger als ich — und man muß trinken, vielleicht wird man dann auch so jung — und wenn er das anspricht, was er erzählt — da mußte er Geld verdienen — und man wehrt sich nicht, so hat er noch nie gesprochen. . . dieses verfluchte Land — verdriß alle, die hier wohnen — Geld, Geld, Geld — immer von Geld und Geld verdienen reden. . . „Oh, und man kommt sich ganz minderwertig und framerhaft vor, wie wenn man was von Geld sagen, wird alles auseinandergehen lassen, ganz egal, wohin's führt — ganz egal.“

„Ich werde dich fortnehmen aus diesem häßlichen Land, Gilgchen — bald — was hält dich hier? — Nur 150 Mark auf dem Büro?“ — „Oh, er ist dieses graue Regenland, diese trostlosen Wälder, diese hier so überfakt — er will fort, und die kleine Bunte will er mitnehmen — sie sie hier schon so hübsch, wie hübsch wird sie sein woanders, losgelöst vom Achtstundentag, ein dummes, sinnloses Zahlenzeug mehr im Kopf. Er wird einfach alles, was er noch hat, was der Herrlich seines Bruders nehmen — ein paar Jahre wird man lustig davon leben können — und dann? Na, was schon — wor doch immer kein stärkstes Talent, ich dumme, lästige, und dann aus dem Leben zu streichen. — Ein schönes Leben werden wir haben — wirst mir woanders mehr gehören, als du mir hier gehörst.“

„Ich gehöre dir ja, Martin — wünschte mir, ich gehörte — zu — dir. Ja, ich trink doch.“ Ja, so gefall ich ihm — wenn ich so dummes Zeug rede — Gott soll mich bewahren, daß ich morgen früh weiß, was ich alles getrunken habe, er ist die einzige, die mich nicht schämte. „Was ich am wenigsten bin, gefällt dir am besten an mir“, und — und alles, was mir am liebsten ist auf der Welt, ist dir nichts wert. Der weiß gar nicht, worauf es

mir ankommt. Das geht doch um mehr als um hundertfünfzig Mark, das geht um — ja, wenn man das erklären könnte, da kämpft man um irgendwas, etwas, das da ist, für das man aber keinen Namen weiß.

„Du darfst das nicht sagen, Martin — häßliche Zeit — es ist so gemein, aber keine Zeit zu schimpfen! — Meine Zeit! Die einzige, in der ich lebe. Vorher die Zeit, nachher die Zeit —urchbar egal. Jetzt die Zeit ist mir wichtig die gehört mir — man hat über seine Zeit nicht zu jammern, und es genügt nicht, sich mit ihr abzufinden — man hat zu ihr zu halten.“

„Ich will ja lachen, Martin, ich lache ja — ich bin sehr glücklich — sehr, sehr glücklich, du wirst bei mir bleiben — ich werde —“

„Du — fortfahren sagst du — mit dir! Ich — Martin — ich gehöre hierher. — Mich geht

das was an hier — alles, Trauriges Land, sagst du? Martin, ich habe mich schon auf der Schule gestämt, wenn Deutschland, Deutschland über alles“ gefungen wurde — so ein widerwärtiges Lied — so fett zu sprechen, so fett zu denken, den ganzen Mund voll Lebertran. — Die — mit ihrer aufdringlichen Vaterlandsliebe — versteht du das —: statt ganz demütig und dankbar zu sein, wenn's ihnen nun gegeben ist, was zu lieben — sind sie stolz drauf wie auf ein persönliches Verdienst — und was für sie persönliches Verdienst ist, machen sie für andere zur Pflicht. So'n furchtbarer Quatsch. — Ich hab' damit nichts zu tun — aber ich bin hier hineingeboren, und Sprache, Lust, Geräusche — was weiß ich — ist mir alles vertraut — das Alltägliche hier, das Praktische, Sichdegnügen, die gratten Pflestersteine — ist mir alles so wichtig, und ich liebe das alles auf meine Art. Häßliches Land! Viel-leicht. Aber eine Mutter liebt ihr Kind so auch, wenn's furchtbar häßlich frumme Beine hat — war' natürlich idiotisch und keine richtige Liebe, wenn sie dann sagte, die Beine waren gerade und schön — soll besser zum Orthopäden laufen und —

„Ach ja, Martin, ich weiß, ich bin betrunken — ich bin so müde — ich werde —“

(Fortsetzung folgt.)

Erregte Metallarbeiter Kundgebung in Prag.

Kommunistische Obstruktion gegen die proletarische Einheitsfront.

Prag, 20. Oktober. Die immer schwieriger und unerträglicher werdende Lage der Metallarbeiter hat die Vertrauensleute der beiden größten Organisationen („Svaz“ und „Sdrůzene“) veranlaßt, die Metallarbeiterchaft zu einer Massenprotestkundgebung in das Volkshaus zu versammeln. Diese Manifestation war heute für drei Uhr nachmittags anberaumt.

Die Kommunisten hatten im voraus kein Hehl daraus gemacht, daß sie sich nach Kräften bemühen würden, diese Kundgebung zu stören. Bereits um zwei Uhr versammelten sich kommunistische Gruppen vor dem Eingang des „Libovův dům“ und begannen durch allerlei Jurufe und Anfeindungen der Andergefinnten zu provozieren. Hier agierte u. a. die Abgeordnete Šodina. Nach drei Uhr trafen die Delegierten der einzelnen Fabriken in geschlossenen Zügen ein. Die Zahl der Erschienenen war so groß, daß der Garten des Volkshauses nicht ausreichte und eine Parallelversammlung im ersten Hof abgehalten werden mußte.

Gleich zu Beginn der Versammlung begannen die Kommunisten durch Sprechstühle die einleitenden Worte der Vorsitzenden zu lären und der kommunistische Abg. Japotoch hielt, ohne erst das Wort verlangt zu haben, gleichzeitig mit dem präsidierenden Genossen Šodina eine Rede. Es kam zu heftigen Reueferungen des Unwillens, Kundgebungen und Gegenkundgebungen. Öffentlich hatten die Trabanten des Herrn Japotoch ihre Rollen gut einstudiert. Es kam zu stürmischen Szenen.

Rehlich ging es im Hofraum des Volkshauses zu. Eine Reihe von Rednern konnte sich hier wie dort kaum verständlich machen. Die

Versammlung endete in einem förmlichen Chaos. Der anschließende kommunistische Demonstrationzug, der unter Deklamation verschiedener radikaler Schlagworte gegen den Wenzelsplatz zog, schmolz dann schnell zusammen.

Eine neue Illustration zur kommunistischen „Einheitsfront.“ Das Auftreten der Kommunisten bei dieser Versammlung war offene Obstruktion gegen den Zusammenschluß und das einheitliche Vorgehen der Arbeiterschaft. Und zwar planmäßig angelegt, wohl durchdachte Obstruktion! Die kommunistische Zentrale hat offensichtlich alle ihre Kräfte auf die Störung dieser Manifestation konzentriert. Man hat bei etlichen der ärgsten Schreibstühle und Krakeeler feststellen können, daß sie mit der Metallarbeiterchaft überhaupt nichts zu tun haben. Also abkommandierte Statisten, die die einzige Aufgabe zu erfüllen hatten, eine Kundgebung zu stören, die der Willkür der Arbeitgeber den geschlossenen Abwehrwillen der Arbeiterschaft entgegenstellen sollte! Und dies in Zeiten, wo die Provokationen der Kapitalisten ins Unerträgliche wachsen, wie wir es eben im Fall der Aussperrungen in den „Walter“-Werken und der Streikbrecheraktion der Firma Podhajky in Hofvav erleben. Die Herren Kapitalisten werden sich der Schützenhilfe der kommunistischen Spalter sicher freuen.

Und die Arbeiterschaft wird hoffentlich aus der Tätigkeit der kommunistischen Führer eine Lehre ziehen!

Seid im Wiener Parlament:

Wir lassen uns nicht totschießen!

Wien, 20. Oktober. Im Nationalrat begründete heute Genosse Seitz ausführlich das von den Sozialdemokraten gestern angeforderte Mißtrauensvotum gegen die Regierung, wobei er u. a. auch auf die vorjährigen Heimwehrverbrechen in St. Lorenzen zu sprechen kam und feststellte, daß die schuldtragenden Heimwehrführer bis heute noch nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Die Regierung mache auf diese Weise die Justiz zur Dummheit. Diese Reueferung erregte auf der Rechten einen großen Sturm; zum Protest vertiefte auch die ganze Regierung den Sitzungssaal. Seitz erklärte später noch, wenn Dr. Dollfuß auch gerne das Beispiel in Deutschland nachahmen möchte, so müsse er wissen, daß das Volk in Oesterreich sich nicht verfassungswidrig behandeln lasse.

„Wir wollen,“ erklärte Seitz, „keinen Krieg und keinen Bürgerkrieg, aber wenn wir mit Gewehren angegriffen werden, wird sich die Arbeiterschaft mit Gewehren verteidigen. Da die Heimwehr Waffen besitzt, kann auch der Schulbund nicht ungerüstet sein und sich totschießen lassen.“

Schleicher hat gepackelt.

Berlin, 20. Oktober. Der Vizepräsident Graef, ein Anhänger Papens, hat in einer Verammlung in Thüringen erklärt, das jetzige Kabinett verdanke sein Entstehen einer Vereinbarung, die General Schleicher mit Hitler getroffen hat. Auch die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen sei von den Nationalsozialisten gefordert worden. Allerdings hätten sie diese Maßnahmen bald darnach als Verfassungsbruch bezeichnet, als sie nämlich sahen, daß die Dinge nicht den von ihnen gewünschten Verlauf nahmen.

Trapls Pläne.

Im „Nepodobitky“ Mitglied“ wird das Sparprogramm des Finanzministers Dr. Trapl veröffentlicht. Schon der Vorgang, der da angewendet wird, ist einigermaßen sonderbar. Wir Sozialdemokraten sind gewiß die letzten, die damit einverstanden wären, daß bei uns die Fragen von größter wirtschaftlicher Tragweite hinter verschlossenen Türen verhandelt werden, ohne daß die gesamte Öffentlichkeit und vor allem die interessierten Bevölkerungsschichten an der Erörterung ihrer Schicksalsfragen teilnehmen können; daß die öffentliche Verhandlung der größten Probleme auf die nur allzu oft überholte parlamentarische Beratung beschränkt bleibt. Wenn aber solche Fragen vertraulich behandelt werden, dann ist es eine noch größere Selbstverständlichkeit, daß diese Vertraulichkeit allgemein und jeder man gegenüber garantiert bleibt. Es geht demnach nicht an, daß die vorläufig ganz internen Vorschläge eines Ministers, von dem man noch nicht weiß, ob er der künftigen Regierung wiederum angeschlossen wird, und die einer in Demission befindlichen Regierung erstattet wurden, gewissermaßen vor: hinstehen der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Da der Inhalt dieser Vorschläge geeignet ist, Verwirrung und Verunsicherung zu schaffen, müssen wir feststellen, daß die Anträge des Herrn Dr. Trapl nichts als seine Privatangelegenheiten sind, die die Regierung mit ihnen noch nicht beschäftigt hat und daß die neue Regierung, deren Ernennung unmittelbar bevorsteht, in den Problemen des Staatshaushaltes an und selbständig Stellung nehmen muß.

Trotzdem ist es notwendig, zu dem Inhalt dieser Vorschläge einiges zu sagen. Vor allem, daß eine Reihe dieser Vorschläge für die Sozialdemokratie einfaßend und diskretabel ist. Herr Dr. Trapl hat eingesehen, daß er seinen Vorschlag, die Staatsangehörigen linear, d. h. auch bei den ärmersten Tauseln zu kürzen, angesichts des Widerstandes der Sozialdemokratie nicht verwirklichen kann. Er möchte daher das, was ihm bei den Staatsangestellten an Ersparnissen entgeht, bei den Arbeitslosen hereinbringen. Er verlangt, daß der Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Unterstufung, dessen Höchstbetrag derzeit mit 18 K festgesetzt ist, auf 12 K herabgesetzt wird. Das würde nichts anderes bedeuten, als daß für etwa zwei Drittel der Arbeitslosen eine empfindliche Kürzung der Unterstützungen eintritt, daß also anfertige Arbeitslosensfürsorge, die eines Ausbaues dringend bedarf, statt dessen arg verschlechtert wird. Daß die Sozialdemokratie solche Pläne mit aller Entschiedenheit ablehnen muß, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Nicht minder entschieden müssen wir uns aber auch gegen den Anschlag des Finanzministers auf die Arbeitslosen wenden. Der wird nicht weniger verlangt, als daß alle Jugendlichen die 5 Prozent Erwerbsunfähigkeit vom Rentenbezug ausgeschlossen werden sollen. Die Finanzverwaltung wollte schon einmal diesen Ersparungsplan durchführen, indem sie ihn zur Bedingung der Aufbesserung für die Schwererwachsenen machen wollte. Die Sozialdemokratie hat diesen Plan durchkreuzt. Aber heute ist ein solcher Vorschlag noch weit unsozialer als früher. Wenn man in Zeiten guten oder erträglichen Beschäftigungsgrades der Arbeitenden vielleicht noch sagen konnte, daß Menschen mit einer geringeren Beanspruchung ihrer Erwerbsfähigkeit doch noch die Möglichkeit haben, einen Erwerb zu finden, so ist das heute, da Hunderttausende voll arbeitsfähiger Menschen zu ferngezogenen sind, ganz ausgeschlossen und dem Vorschlag steht daher unter den heutigen Verhältnissen auch die sadenbedingte Begründung.

Entscheidend ablehnend verdient aber auch der Versuch, auf kulturellem Gebiet Ersparnisse zu machen. Eine solche Ersparungsmethode ist in Wirklichkeit im höchsten Grade unökonomisch, denn sie beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes für die Zukunft. Wenn also Herr Dr. Trapl die Aufhebung von „weniger frequentierten“ Schulen aller Kategorien fordert, so kann es darauf mit der Antwort geben: Hände weg von unseren Schulen! Es muß übrigens nicht erst gesagt werden, daß solche Pläne eine enorme Gefahr für das Schicksal der nationalen Minderheiten bedeuten und auch aus diesem Grunde entschlossene Abwehr herausfordern.

Damit soll nicht gesagt werden, daß andere Teile des Traplschen Sparprogrammes, die auf Vereinfachung und Defensivierung der Verwaltung, auf bessere Kontrolle des Lieferungswekens, auf Einschränkung der Repräsentationsausgaben abzielen, nicht unsere Zustimmung finden und erster Prüfung wert sind. Es ist auch zu begrüßen, daß Herr Dr. Trapl im Militärbudget eine ganze Reihe von Posten gefunden hat, die eine wesentliche Kürzung erfordern sollten. Er hätte gerade hier freilich noch mehr finden können. Vor allem fehlt jeder Versuch, der teure und nutzlose Aufwuchs an den Leib zu rücken, womit so dem Gedanken der Abrüstung am wirksamsten gedient wäre und womit auch die größten finanziellen Ersparungen gemacht werden könnten.

Diese flüchtigen Bemerkungen erschöpfen natürlich bei weitem nicht alle Probleme, die durch das Sparprogramm aufgeworfen worden sind. Sie sind das erste, lange nicht das letzte Wort, das wir zu diesen Dingen zu sagen haben. Sie bringen aber mit voller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß wir den ersten Willen zur Sparsamkeit am rechten Platz mit dem ebenso entschiedenen Willen vereinigen, die sozialen und kulturellen Einrichtungen nicht antasten zu lassen!

Stärkerer Absatz tschechoslowakischer Kohle in Oesterreich?

Wien, 20. Oktober. Die „Reichspost“ will erfahren haben, daß die tschechoslowakischen Staatsbahnen für die Durchzugskohle aus Schlesien wie für die Österrische Kohle in das freie Land in Oesterreich (alle Länder mit Ausnahme von Niederösterreich) die Tarife um 25 Prozent, vom Grubeneispreis geteilt, und die Verkaufspreis um 50 Prozent gesenkt haben, ebenso für die Gemeinde Wien. Bezüglich der Bundesbahnen sind Verhandlungen angedauert, und es steht zu hoffen, so sagt das Blatt, daß die Bundesbahnen wieder den Kohlenbezug aus den Nordost-Revierern in Erwägung ziehen, wenn ihnen die tschechoslowakischen Staatsbahnen Tarifermäßigungen in höherem Maße zubilligen.

Eine Rede Breitschelds.

Hamburg, 20. Oktober. Im Hamburger Gewerkschaftshaus sprach Dr. Breitscheldt in einer Verammlung der SPD. Wenn, so führte er u. a. aus, der Glaube, daß das Alte mit 1918 restlos verschwunden sei, eine Enttäuschung erfahren habe, so trage die Arbeiterschaft daran einen Teil der Schuld. Man müsse sich darüber klar sein, daß die deutsche Arbeiterschaft erst jetzt in die revolutionäre Phase eintrete. Sozialismus sei nur auf dem Wege der Demokratie zu erreichen. Gegen monarchistische Restaurierungsbestrebungen gelte es, das Leben bis zum Letzten einzufügen.

Die neue rumänische Regierung gebildet.

Bukarest, 20. Oktober. Der König hat heute mittag die ihm vorgelegte Kabinettsliste gutgeheißen. Sie umfaßt u. a. folgende Namen: Ministerpräsident: R. Noua, Außenminister: Titulescu, Minister für Siebenbürgen: Crisan.

Die Arbeitslosigkeit muß planmäßig bekämpft werden.

Prag, 20. Oktober. Da die Budgetdebatte in der Landesvertretung Böhmen sich ins Endlose zu erstrecken schien, beschloß heute die Konferenz der Klubmänner, die weitere Debatte zu einzuschränken, daß am kommenden Mittwoch die Abstimmung über die Anträge zum Veranschlag stattfinden kann. Zum Kapitel „Gesundheitswesen“ sprach heute Genosse Bögl, auf dessen Ausführungen wir zurückkommen werden. In der von uns bereits erwähnten Rede zum 4. Kapitel des Landesbudgets wies

Genossin Schaffer

nochmals auf den Notstand der weitesten Schicht der Bevölkerung Nordböhmens hin:

Wir mögen heute welche Frage immer behandeln, es wird die ungeheure Auswirkung der Wirtschaftskrise mit hineinzielen. Die Not ist eine allgemeine; die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden hungern heute gerade so wie die Arbeiter. Die Not ist besonders groß im deutschen Gebiete, wo die Industrie konzentriert ist. Es wurde hier schon auf Kothau verlesen.

Solcher Kothaus gibt es heute sehr viele.

Das gleiche Bild wie Kothau zeigt die Stadt Großlig. Dort wird heute kaum mehr in einem einzigen Gewerbebetrieb gearbeitet. Es gibt dort nur noch Arbeitslose oder Kurzarbeiter. Genau dasselbe Bild im angrenzenden Bezirk Falkenau, in Stadt und Bezirk Elbogen, ebenso in Neu-Weitz, das vor kurzem sein Eisenwerk sperren mußte. Oder ich nenne Altröhan und Fischern.

Der ganze Karlsbader Bezirk ist heute ein einziges Notstandsgebiet.

Wie spiegeln sich diese Dinge aber in den Köpfen einzelner Beamten? Eine Deputation der Stadtgemeinde Altröhan hatte die Unterstützung des Landes gefordert, und der Beamte, der die Deputation empfing, hat zur Befriedigung der Not im Karlsbader Bezirk folgende Vorschläge gemacht:

Die notleidende Bevölkerung möge Häuschen bauen und Geflügelzucht errichten und die Eier nach Karlsbad verkaufen, wo man dafür gute Preise erzielen könne.

Leute, die die Verhältnisse in keiner Weise kennen, entscheiden in sehr wichtigen Fragen! Es ist notwendig, daß alles getan wird, um Arbeitslosigkeit zu schaffen und die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten planmäßig und systematisch zu verteilen. Das kann nur erfolgen, wenn wir das

Gesetz über die obligatorische Stellenvermittlung

erhalten. Es gibt in jedem Bezirke Arbeitsvermittlungstellen. Aber heute werden sehr viele für protektionistische Zwecke ausgenutzt und es kommt leider sehr oft vor, daß gerade diejenigen Arbeitslosen, die schon seit langer Zeit unter der Arbeitslosigkeit leiden, keine Arbeitsstellen erlangen. In den Gemeinden wird wenigstens getrachtet, daß man die Bedürftigsten heranzieht und vor allem die Familienerhalter und die Verheirateten berücksichtigt. Haben Sie sich schon einmal die jungen Menschen angesehen, die oft ein Alter von 17-20 Jahren erreicht haben, ehe sie in die Lage kommen, schaffende Arbeit zu leisten? Stellen Sie sich vor, daß es sich bei diesen jungen Leuten noch um werdende Menschen handelt, deren Charakter noch keineswegs entwickelt und geformt ist. Und stellen Sie sich die Gefahren vor, denen diese jungen Menschen durch die andauernde Arbeitslosigkeit, die nicht Monate, sondern Jahre dauert, und die ihre schweren depressierenden Wirkungen ausüben muß, entgegengehen.

Gen. Schaffer bespricht hierauf die Möglichkeiten, um den jugendlichen Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse zu erweitern und in Kursen der Fortbildungsschulen durch praktische Fertigkeiten zu ergänzen. Im Zusammenhang damit betont sie die Notwendigkeit eines Ausbaus des Lehrplanes dieser Schulen. Sie schließt:

Eines der wirkungsvollsten Mittel, diese Arrienserscheinungen abzuschwächen, ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit wird nicht die endgültige Lösung der Frage sein. Wir Sozialisten sind überzeugt, daß die Lösung des Problems der Arbeiter, der kleinen Gewerbetreibenden und der kleinen Menschen überhaupt erst in dem Staat möglich sein wird, den wir erkämpfen, in der Zeit des Sozialismus.

Laden beim Jungsturm-Prozess.

Brünn, 20. Oktober. Heute wurden ausschließlich Briefe, Rundschreiben, Polizeianzeigen, ferner ein Dienstprotokoll des Jungsturmes und die Statuten des von Scheuf geplanten Vereins „Germania“ verlesen. Von den Briefen waren die interessant, die begeisterte Schilderungen von Parademärschen von Madamen und von Rekrutierungen brachten. Aus den Statuten der „Germania“ will der Staatsanwalt vor allem den Zusammenhang dieses Vereins mit dem Jungsturm und den militärischen Charakter beider Organisationen deduzieren. Die Mitglieder der „Germania“ waren noch militärischem Muster eingeteilt, doch trat jedes Mitglied gleich als Führer ein. Eine strategische Aufgabe, die sich den Jungstürmern im Jahre 1927 zur Auflösung vorlag, erregte das Gelächter des Publikums, so sogar der militärischen Sachverständigen. In den nächsten Tagen dürfte weiteres Material zur Verlesung kommen.

Tagesneuigkeiten

Jensur unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Bisher hat das Innenministerium um in seinem Anzeiger die verbotensten Filme ausgezählt und auch genau die Stellen bekanntgegeben, die der Schere des Filmzensors zum Opfer gefallen sind. Jetzt wird es besser; die Zensurbürokratie hat ihre Fehler eingesehen, die Zensurbürokratie hat die Proteste der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen, es wird eingelenkt, man will die Demokratie noch weiter stärken und fördern, man will die Öffentlichkeit nicht mehr mit den Entscheidungen belästigen und hat darum einfach (nicht etwa die Zensur), sondern die Publikation der Entscheidungen jener geheimnisvollen Instanz aus dem Innenministerium eingestellt. Wo es keinen Klager gibt, da ist bekanntlich auch kein Richter und nichts wäre vom Standpunkt der gerechten Beamten und Zensoren überflüssiger, als dem Gegner die Waffe in der Hand zu lassen, die ihm die Trümmer der Zensurdemokratie noch gelassen haben. Das beste Argument ist wohl in den Augen jedes objektiven Menschen das Verschweigen und deshalb wird man in Zukunft niemand mehr verraten, was verboten wurde; jede Firma, die etwa die Kühnheit haben sollte, die Öffentlichkeit zu informieren, wird entsprechende Weisungen erhalten und so wird man in Zukunft nie mehr erfahren, was alles unsere Zensurbewahrer im Innenministerium für ungeeignet hielten, im Reichen der verfassungsmäßigen Meinungsfreiheit die Leinwand der Kinos zu beleben.

Vom Standpunkt des humorvollen Lesers wird man diese Entscheidung auch sehr bedauern; denn es gab selten etwas hüfzigeres als die Konfiskation der Zeitschriften vom Filmhand als Kulturkuriosum zu genießen. Schade, schade, nicht einmal mehr als unfreiwilliges Witblatt wird der Anzeiger des Innenministeriums seine großen Leser erfreuen. Es wäre nur interessant zu erfahren, auf welche Geschehnisse der Herr Referent Dr. Andres seine neueste Entscheidung stützen mag; so viel harmlosen Staatsbürgern geläufig ist, geht es nicht an, eine so wichtige Instanz wie die Zensur der Öffentlichkeit zu entscheiden, zumal hier nicht so wie bei der Presse der etwas problematische Rechtszug an die ordentlichen Gerichte übrig bleibt. Auch dieses Moment zeigt, in welcher unerträglichem Maß die hohe Bürokratie selbstherrlich zu handeln beliebt und wie ihr vor allem Verfassungsprinzipien gleichgültig sind. In der Sache wird wohl das letzte Wort noch nicht gefallen sein...

Eine Serie von Brandstiftungen.

Im Bezirk Teischn.

Teischn, 20. Oktober. In der Nacht zum Donnerstag brach in Heidenstein, unweit von der Sommerfrische Loosdorf, wo — wie gestern gemeldet — erst vor kurzem infolge Brandstiftung ein großes Gehöft niederbrannte, ein Feuer aus, und zwar in einem mit landwirtschaftlichen Maschinen gefüllten Schuppen. Das Feuer wurde erst bemerkt, als das Blechdach unter gewaltigem Getöse infolge der großen Hitze abgerissen wurde. Die nebenan im Wohngebäude schlafende Familie konnte nur ihr nacktes Leben retten, da die Flammen schon auf das Wohngebäude übergriffen und es vollkommen einschickerten. Der Schaden ist sehr groß und nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Auch hier dürfte die Ursache in Brandstiftung zu suchen sein.

Nachklänge zur Eisenbahnkatastrophe in Temesvar.

Bukarest, 19. Oktober. Ueber die furchtbare Eisenbahnkatastrophe bei Temesvar liegt noch immer kein amtlicher Bericht vor. Da dem Unglück ausschließlich Arbeiter und Kleinbauern zum Opfer fielen, scheinen es die Behörden mit der Aufklärung nicht eilig zu haben. Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der Toten 19 und nicht 22, wie es ursprünglich hieß. In den Krankenbüchern in Temesvar sind insgesamt 17 Schwerverletzte untergebracht. Bei sechs besteht nur wenig Hoffnung auf Genesung. Unter den Toten befindet sich auch ein Banater-Deutscher. Die Hauptschuld an der Katastrophe scheint nicht den verhafteten Weichenstellern, sondern die lokale Eisenbahngesellschaft zu treffen. Es wurde festgestellt, daß der Unglückswagen schon längst als betriebsunfähig galt und längst aus dem Verkehr hätte gezogen werden müssen.

Ziehung der Klassenlotterie

20.000 K:	20.357
10.000 K:	4.896, 30.724, 58.254, 73.309
5.000 K:	862, 27.058, 30.273, 34.816, 40.701
46.973, 48.027, 54.244, 60.341, 69.789, 77.940, 80.147, 80.590, 86.104, 91.893, 96.029, 102.722	
2.000 K:	9.295, 10.181, 10.754, 11.228, 11.836, 16.394, 17.582, 17.964, 18.134, 20.542, 25.508, 27.029, 27.168, 29.682, 31.984, 34.175, 36.639, 37.005, 37.555, 39.193, 46.616, 46.919, 48.977, 47.565, 50.733, 51.323, 53.707, 55.885, 56.700, 57.603, 58.465, 58.486, 60.686, 63.529, 64.152, 64.280, 69.744, 71.290, 75.872, 76.546, 79.340, 79.370, 80.440, 84.622, 84.994, 85.521, 89.311, 89.517, 89.821, 93.397, 94.671, 99.278, 104.554
1.200 K:	165, 3.818, 3.927, 6.017, 8.797, 7.512, 9.938, 10.726, 10.965, 12.312, 13.078, 13.645, 15.691, 16.940, 22.347, 23.442, 23.815, 28.417, 32.116, 33.133, 35.673, 36.598, 36.759, 37.531, 38.119, 39.794, 40.883, 41.643, 41.994, 42.761, 44.745, 46.596, 48.742, 49.002, 52.265, 53.747, 53.886, 55.229, 60.200, 63.554, 68.231, 70.392, 73.912, 74.999, 76.147, 76.443, 78.549, 79.471, 80.984, 81.468, 81.706, 88.113, 88.718, 89.741, 89.780, 92.889, 93.596, 94.690, 95.236, 99.134, 99.697, 101.181, 102.344, 103.568, 104.636

Diskussionslos! Es ist in der letzten Zeit ein wenig still geworden um den allgewaltigen Duce. Das Gespenst der Wirtschaftskrise zu hantieren ist ihm ebensowenig gelungen wie den anderen Vertretern des kapitalistischen Systems und in der Außenpolitik sind die Erfolge auch nicht gerade überwältigend. Darum muß man auf dem Gebiete der persönlichen Eitelkeit dem eigenen Volk und der Welt ein bißchen Abwechslung bieten, bei gleichzeitiger Festigung und Stärkung der Macht und des Größenwahns. Was dem Duce bisher noch nicht gelang, ein Gleichheitszeichen zu setzen zwischen seinem Namen und dem des Schöpfers aller Dinge, soll nun durch den Schwur seiner faschistischen Landstrolche einigermaßen ausgeglichen werden. Durch den Schwur verpflichten sie sich „im Namen Gottes und Italiens diskussionslos zum absoluten Gehorsam gegenüber dem Duce und zum Dienst am Faschismus“. Diskussionslos! absolute Gehorsam! Das bedeutet die völlige Aufgabe des eigenen Willens, der eigenen Individualität, bedeutet Verzicht auf selbständiges Denken, bedeutet slavische Unterordnung unter den Willen eines — Tyrannen. Der Entwurf für die Neufassung der Satzungen der faschistischen Partei, der diesen Schwur einzuführen gedenkt, ist praktisch ein Schritt in die dunkelste Vergangenheit und nötigt einem von ethischen und moralischen Blickpunkten betrachtet, ein Lächeln ab, wenn man erfährt, an was für Eigenschaften und Taten der Duce erkannt worden sei. An seiner Willensstärke, seiner Kraft und an seinem — Wert! Was die Kraft und die Willensstärke betrifft, sei nur an die Tatsache erinnert, daß der Duce, als er die Bewegung zum „Siege“ führte, nicht genau wußte, ob die Marschrichtung „rechts“ oder „links“ einzuschlagen sei und erst die Nacht, in der der Verwaltungsrat der Banca Commerciale sich zur Finanzierung des Marches auf Rom entschloß, entschied die Begrüßung. Was das Wert betrifft, so wird es durch die Organisation des Matteotti-Mordes und eine Reihe blutiger politischer Prozesse glanzvoll getönt! Die geistigen Eigenschaften des Führers spielen nur eine untergeordnete Rolle; er sei auf sie durch die Zitierung eines Satzes einer Rede an die Studenten verwiesen, laut welchem „Gewehr und Buch“ zusammgehören. Mit dieser Auffassung von Mord und Wissenschaft tritt er dann begeistert für den Gedanken der Abrüstung und Völkerveröhnung ein. Alle diese Eigenschaften lassen ihn in den Augen seines von seinen Gnaden lebenden großen Faschistenrates des diskussionslosen absoluten Gehorsams würdig erscheinen. Seinen über den europäischen Mittläufern von Coty über Hitler bis Bajda wird gewiß dieser Schwur Ziel und Sehnsucht ihrer eigenen Wünsche bedeuten, aber das italienische Beispiel des modernen Absolutismus, wird in den Reihen der Gegner dieser Regierungsform und im Proletariat im besonderen zur diskussionslosen Ablehnung führen, um diskussionslos zur Freiheit und Macht zu gelangen!

Der Igel.

Eifersuchtsdrama in Raaden. Eine blutige Tragödie ereignete sich, wie uns gemeldet wird, in Raaden. Der 23jährige Karl Emil Kraus, der ohne Beschäftigung ist, geriet mit seiner Geliebten, der erst sieben Jahre alten Grete Stengl, vor dem Wohnhaus des Mädchens in einen Streit, in dessen Verlauf der junge Mann einen Revolver zog und auf das entsetzt schreiende Mädchen drei Schüsse abfeuerte. Zwei Augen drangen der Stengl unterhalb des Herzens ein, und ein Projektil blieb im Rücken stecken. Das Mädchen schreute noch bis in die im ersten Stockwerk gelegene Wohnung ihrer Eltern, wofür es bewußtlos zusammenstürzte. Die Ueberführung der Unglücklichen, deren Zustand hoffnungslos ist, ins Raadener Krankenhaus wurde vorgenommen. Der Täter stellte sich selbst der Gendarmerie und wurde dem Gerichte überstellt.

Lokomotive gegen Omnibus. In einem Bahnübergang an der Stadtgrenze von Halle wurde am Mittwoch nachmittags ein Omnibus von der Lokomotive eines Kleinbahnzuges erfasst. Der Omnibus wurde völlig zertrümmert, die Lokomotive stürzte eine vier Meter hohe Böschung hinab. Der Besitzer des Autobusses und eine bisher unbekannte Frau wurden getötet; sieben Personen, unter ihnen der Lokomotivführer und der Seizer, erlitten schwere Verletzungen.

Ausgesetzt... In Biesdorf bei Berlin wurde eine 85 Jahre alte Frau von ihrer Tochter und ihrem Schwiegerjohn regelrecht ausgesetzt; ein Polizeibeamter fand die Greisin völlig erschöpft, eingeregnet und durchstörten auf der Treppe des Biesdorfer Wohlfahrtsamtes. Die Greisin hatte in ihrer Verwandtschaft niemanden gefunden, der sich in der Lage sah, sie zu ernähren. Jetzt haben die zuständigen Stellen die „Bearbeitung“ des Falles in Angriff genommen. Die Unglückliche wird vermutlich einem Altersheim zugeführt werden.

Vom Rundfunk

Samstag.

Prag: 6.15: Symphonie. 11: Schallplatten. 18.15: Janetschek: Musikalische Zeitgeschichte. 19.50: Autorenkabarett. 22.20: Sommerabend aus Mähr.-Ostau. — Brünn: 12.20: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Abend schlesischer Komponisten. 19.20: Fenster über der Großstadt. — Berlin: 16.05: Blasorchesterkonzert. — Breslau: 21: Neue Töne — alte Töne. — Hamburg: 19.30: Orchesterkonzert. — Königsberg: 18.35: Bläser-Kammermusik. 20: Was jeder gern hört. — Langenberg: 17: Konzert. — Wien: 16.45: Orchesterkonzert. 19.40: Volkstümliche Klavier. 20.15: Orchesterkonzert.

Der Rundfunk als Raucherfeind. Ganz neuartig ist jetzt der Notruf des französischen „Journal des Tabacs“, das ganz ernsthaft feststellt: „Der Rundfunk sei schuld am Niedergang des Tabak- und Zigarettenverbrauches des letzten Vierteljahres! Früher hätten die Leute zur Entspannung dem Tabakgenuß gehuldigt, jedoch heute hören sie, besonders die Geistesarbeiter, Rundfunk!“ (P.N.)

Kindertagodie. In Johannishof bei Berlin machte ein 13jähriger Junge einen Selbstmordversuch; er wurde mit einer schweren Schußwunde im Kopf besinnungslos aufgefunden. Der Knabe hatte es sich krankhaft tief zu Herzen genommen, daß man ihn tags zuvor — ob zu recht oder unrecht, steht noch dahin — der Teilnahme an einem Einbruchdiebstahl bezichtigt hatte.

Einbruch im Jütischer Stadtmuseum. Das Jütischer Stadtmuseum wurde in der vergangener Nacht von Einbrechern heimgesucht, denen nur wenige Gegenstände von unschätzbarem Wert in die Hände fielen. Besonders zu beklagen ist der Verlust von sechs wertvollen Taschenuhren aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert, die zum Teil in Silber und Gold getrieben und mit Emailzifferblättern versehen sind. Weiter wurden zwei große goldene mit Diamanten besetzte Konstranz und ein goldener Reithelm mit Deckel gestohlen. Außerdem nahmen die Einbrecher zahlreiche Schmuckgegenstände — goldene Halsketten, Armbänder, Broschen usw. — mit, die es in Deutschland in dieser Ausführung nur in wenigen Städten gibt.

„Mata Hari“ in Holland verboten. Die in Holland wohnenden Angehörigen der tauzenden Spionin Mata Hari haben gegen die Veröffentlichung des Mata Hari-Films mit Grete Garbo eine für ganz Holland gültige gerichtliche Verfügung erwirkt. Das Gericht stellt fest, daß die Tänzerin Mata Hari in dem Film einen Mord an einem russischen General begehe — eine unhistorische Tatsache, die im Widerspruch zu der propagandistischen Aufwindung steht, daß der Mata Hari-Film rein biographisch sei und wirkliche Geschehnisse mit historischer Treue wiedergebe.

Schlachtfeld Schöck. Zwei weitere der bei der Schlagwetterexplosion in Hückelhoven schwer Verletzten Bergleute sind gestorben. Die Gesamtzahl der Toten beträgt nunmehr sechs.

Falschmünzer-Großbetrieb. Die Polizei entdeckte in Rattow eine große geheime Fabrik für die Fälschung von deutschen und polnischen Münzen auf. Hierbei verhaftete die Polizei fünf Personen und beschlagnahmte etwa 1000 Stück deutscher Fünfmarkstücke und 3000 Stück falscher polnischer Geldmittel.

Polen ermächtigt den Diskontsatz. Die Kant Polka hat ihren Diskontsatz, der seit dem 3. Oktober 1931 7,5 Prozent betrug, auf 6 Prozent ermächtigt.

Der Sieger von übermorgen. Unter diesem Titel befaßt sich der Leitartikel des Oktoberheftes der Neuen Blätter für den Sozialismus (Alfred Proust Verlag, Potsdam), dieser ausgezeichneten und hier schon des öfteren als vorbildlich erwähnten Zeitschrift der jungen Generation des deutschen Sozialismus, mit der Situation Deutschlands vor den Novemberwahlen. Mit begrüßenswerter Klarheit wird in diesem Artikel „ausgesprochen, was ist“, werden die Kräftegruppenungen und die wahrscheinliche Entwicklung der deutschen Politik umrissen und vor allem die Aufgaben der Sozialdemokratie klar herausgearbeitet. Der Artikel gipfelt in der Feststellung, daß der deutschen Demokratie, und zwar der von einer einigen Arbeiterklasse getragenen Demokratie, der Sieg nicht morgen, aber übermorgen, nach den notwendigen Erschütterungen der nächsten Zeit gehören muß, wenn die deutsche Arbeiterklasse selbst ihre Aufgaben erfüllt und ihrer Erkenntnis gemäß handelt. Das Heft enthält noch einige sehr interessante Beiträge, so einen Aufsatz von Carl Mierendorff über die Bedeutung der neuen Propaganda, einen Artikel über die Gewerkschaften in der Transformationsperiode, einen Artikel über den revolutionären Nationalismus und einen über Politik und den Gehil. Wer sich über Deutschland und den deutschen Sozialismus orientieren will, wird auch dieses Heft der Neuen Blätter wie die früheren mit Nutzen lesen.

Staatliche Garantie für das karpathorussische Elektrizitätswert in Ungarn. Die Regierung legte dem Senat einen Gesetzentwurf vor, mit welchem sie ermächtigt werden soll, staatliche Garantie für eine Anleihe des karpathorussischen Elektrizitätswertes A.-G. in Ungarn bis zu einem Betrage von 20 Millionen K zu übernehmen. Durch dieses Gesetz soll dem genannten gemeinnützigen Elektrizitätsunternehmen die Möglichkeit gegeben werden, sich billige Kredite für die Durchführung systematischer Elektrizitätsarbeiten in Karpathorussland zu verschaffen.

Ein Arbeiterjunge liest Romane.

Von Clara Blum.

Unsere Straße
Ist ein graues, geglättetes Rohr.
Und der Lärm, der unaufhörlich
Wittendarchriant,

Ich und meine Romane, wir sitzen
Hinter den nächsten Autos her,
Die wir ihr ganzes Geheimnis besitzen.

Morgens
Heult die Sirene.
Und durch das graue, geglättete Rohr
Unsere Straße

Eisenstüd.

Und ich sehne
Mich nach meinem eigenen Willen.
Näher, riefst, winzige, drehen sich zahllos im Raum

Ich und meine Romane, wir haben
Nicht durch die Näher in fremde Welt,
Die wir vom Leben der Herrschenden sehen

Die Bergkrankheit.

Nachdem sehr viele einmal mit dem Begriff
der Seerkrankheit bekannt geworden sind und die
verwandte Luftkrankheit der Flieger nun auch

Immerhin ist dies noch nicht, wie viele
glauben, das erste Symptom der sogenannten
Seerkrankheit, die sich in viel unangenehmerer

17.000 km werden geprüft!

Unterwegs mit dem ersten Oberbau-Messwagen der Deutschen Reichsbahn. - Schienenuntersuchung im Eilzugtempo.

Vor der Einfahrt zum Anhalter Bahnhof
in Berlin steht unauffällig auf einem Seitengleis
im Bereich der abgestellten Wagen ein Sonder-

17.000 Kilometer: das sind etwa 15 Prozent
aller Gleise der Deutschen Reichsbahn. Und die
Aufgabe der Reise heißt: diese 15 Prozent der

Hier liegt das Ergebnis einer Entwicklung
vor, die seit acht Jahrzehnten die bedeutendsten
Forscher und Techniker des Eisenbahnwesens be-

Dessen erinnern wir uns, während
der Mess-Zug die letzten Vororte Berlins durch-
reißt und nun landeinwärts gen Süden strebt:

Fünf Augenpaare wenden sich dem Mess-
zug zu, über den der Registrierstreifen vorwärts
gleitet. Auf diesem Streifen erscheinen acht neben-

ten jemand vollkommen davon berichtet, der
höher als auf 4000 Meter steigt, und bei empfind-

Nicht alle Wege scheinen in gleicher Weise
das Nebel hervorzuheben. Die Montblanc-
besucher bleiben selten davon verschont; auch

der beiden Schienen zueinander; also zum Bei-
spiel die Ueberhöhung in der Kurve; auf Linie 4
die Spurweite, also der Abstand der beiden

Wie können nun diese Messungen zustande?
Wie jeder moderne D-Zug-Wagen läuft auch
dieser auf zwei Drehgestellen mit je 3 Achsen.

Unmittelbar nach Beendigung der Mess-
fahrten beginnt deren praktische Auswertung.
Von dem Registrierstreifen werden Lichtpausen

Seit seiner ersten Ausfahrt hat der Oberbau-
Messwagen 87.000 Kilometer durchgehende Haupt-
gleise befahren und geprüft. Ausländische Eisen-

Schöne weiße Zähne

Nach ich möchte
nicht verfehlen, Ihnen meine
größte Anerkennung und wärmste Freude über die „Blorobont-
Zahnpolse“ zu übermitteln. Ich gebrauche „Blorobont-
Zahnpolse“ schon seit Jahren und werde ab meiner letzten weißen Zähne
ich behaupte, die ich letzten Endes nur durch den ständigen Gebrauch Ihrer „Blorobont-
Zahnpolse“ erreicht habe.“ G. Reichel, Sch...
Wenn Sie lange nur die echte Blorobont-
Zahnpolse, Tube 4 K. und 6 K. und weiß jeden Betrag bestellend.

Humor.

Raffiniert.

Der Rechtsanwalt bereitet seinen Klienten dar-
auf vor, daß der Prozeß sehr schlecht stünde.
„Da muß man ein bißchen nachhelfen“, meint
der Klient, „ich hab auch schon eine Idee: Ich werde
dem Richter eine Gans schicken.“
„Das wäre das Einzige, was Sie tun könn-
ten! Das ist ja Bestechung, damit würden Sie ge-
rade das Gegenteil erreichen.“
Der Prozeß wird schließlich doch gewonnen.
Kopfschüttelnd sagt der Anwalt: „Ich weiß selbst
nicht, wie das möglich ist.“
„Aber ich weiß es! - Ich habe dem Richter d o c h
'ne Gans geschickt!“
„Das kann ich einfach nicht glauben.“
„Ich hab ihm 'ne Gans geschickt“, aber ich
habe die Billensorte von unserem Gegner beigelegt.“
Voshast.
Numme trifft den Doktor Patja auf dem Fried-
hof, sinnend zwischen den Grabsteinen auf und ab
wandeln.
Numme tritt auf ihn zu.
„Tag, Herr Doktor, na, Sie machen wohl In-
ventur?“



Gehen Sie abends aus dem Hause?

Dann vergessen Sie die
Taschenlampe nicht
Vergessen Sie aber auch
nicht die verlässlichen,
salzsauren Batterien
PALABA 444 oder
EXCELSIOR PALABA,
die von langer Lebens-
dauer sind und die Hölse
nicht beschädigen.



Die versunkene Stadt.

Eine Insel mit Ruinen taucht auf. - Die ameri-
kanische Vintetage bestätigt. - Ausgrabungen
zur Nachprüfung der Ueberlieferung.

In der Nähe der Karibik-Inseln, die zu den bei-
rindischen Bahama-Inseln gehören, ist eine neue Insel
aufgetaucht. Man nimmt an, daß dieser Vorgang

Das Auftauchen einer neuen Insel wäre nun an
und für sich nichts Ungewöhnliches. Es ereignet sich
in der Gegend um den Golf von Mexiko, wo be-

Rüftschiffen, die als erste das Aussehen der
Karibik-Inseln entdeckt und besetzt haben, wissen
indessen zu berichten, daß es sich offenbar um eine

Von Bahama und auch von New Orleans aus
machten sich sofort Wissenschaftler auf den Weg, um
die zunächst unglaubwürdigen Angaben nachzuprü-

Die Nachricht von der Auffindung einer ver-
sunkenen arabischen Stadt hat begrifflicherweise star-
kes Aufsehen erregt. Von Bahama aus wird in der
nächsten Zeit eine umfangreiche Expedition ausges-

Man hatte bisher geglaubt, daß diese Tage ge-
wissermaßen eine Kopie der von Europa herüber-
genommenen Vintetage sei und ihr die Verwertung

Die englischen Vebörden auf Bahama haben sich
übrigens auch bereits des letzten Jalles angenom-
men und regierungsmäßig lassen auf der neuen

